Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 100 — Bromberg, Dienstag den 2. Mai 1933 — 57. Jahrg.

Ränkespiel an der Saar.

Von **Hermann Joseph Lingen.**

Es ist keine Frage, wie sich die Saarbevölkerung, wenn sie nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages im Frühjahr 1935 darüber abstimmt, ob das Land zum Reiche oder zu Frankreich gehören soll, sich entscheiden wird. Es gibt keine Macht der Erde, die das Ergebnis einer freien Volksbefragung gegen Deutschland kehren könnte. Kein Mittel der Werbung und Drohung kann den Willen der Saarländer für Frankreich oder für irgend eine andere Form als die Rückkehr zum Reiche gewinnen. Das wissen nicht nur wir Deutsche, daran zweifelt auch kein Franzose. Der französische Angriff auf die Gesinnung der Saarländer, der mit den schärfsten und zähesten und ausgeklügeltsten Mitteln geführt worden ist, ist auf der ganzen Front abgeschlagen worden, obwohl die Saar vom Reiche nicht immer, wie es gut gewesen wäre, unterstützt werden konnte, ja, obwohl sie selbst von Berlin aus nicht immer die Unterstützung erhielt, die man ihr sehr wohl hätte angedeihen lassen können.

Jetzt beginnt ein Ränkespiel um die Saar. Begonnen hat es eigentlich schon lange, aber nun, da der Zeitpunkt der Abstimmung immer näher rückt, wird es offenbarer und sucht die letzten Möglichkeiten auszunutzen. Die größte Aussicht, die Rückkehr des Saarlandes zum Deutschen Reiche zu verhindern, erblicken die Franzosen angesichts des sicheren Ausganges einer Volksbefragung in der Aufschiebung dieses Plebiszites.

Eine solche Verschiebung wäre gegen die Vernunft; aber, wenn man sich die Landkarte Europas ansieht, so muß man feststellen, daß so sehr vieles gegen die Vernunft ist; und überhaupt spielt die Vernunft, auf der das Recht sich aufbaut, eine sehr untergeordnete Rolle in der Politik. Die Verschiebung wäre aber auch gegen die eindeutigen Bestimmungen des Versailler Vertrages; und da gilt es schon kräftige und handfeste Beweise heranzubringen, um vor der Welt den Eingriff rechtfertigen zu können. Man nimmt sich diesen Beweis in der „Bedrohung der Saarbevölkerung durch die Hitlerianer“, welche die freie Meinungsäußerung der Saarländer bei einer Abstimmung gefährde.

Zögernd zunächst und vorsichtig, allmählich aber immer kühner und lauter hat die französische Presse ihre Musik auf diesen Ton abgestimmt. Der „Petit Parisien“ widmet eine ganze Artikelfolge der Saar, im „Echo de Paris“, im „Temps“, überall kehrt das Thema wieder, und immer ist die Nutzanwendung: Verschiebung der Abstimmung!

Nicht so sehr geschickt wie die Pariser Blätter, aber darum um so deutlicher für die Welt, befaßt sich ein auch im Reiche viel beachteter Artikel „20 Monate vor der Abstimmung“ im „Journal d'Alsace et de Lorraine“ mit der Saarfrage. Dieses Blatt, — dessen Arm von Straßburg bis nach Paris reicht, und an dem Arm sitzt eine offene Hand — hat immer mit Eifer der französischen Sache im Saargebiet gedient. Es beschwert sich in dem genannten Artikel sehr heftig über die scharfe Werbung des Reiches im Saargebiet und spricht von einer wachsenden „Bedrohung“ der Saarländer in der letzten Zeit. Die Bevölkerung werde terrorisiert, und es würden ihr Vergeltungsmaßnahmen schlimmster Art angedroht. Die von den Deutschen eingeschüchterten Bürger wagten gar nicht, ihre wahre Gesinnung offen auszusprechen. Und diese wahre Gesinnung ist nach dem Blatte der Wunsch, den bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten oder gar das Saargebiet der Französischen Republik einzuverleiben.

Damit wären wir denn also so weit! Vernünftigerweise hätte die Zeitung nach dieser letzten Folgerung den Artikel abschließen können, aber sie kramt noch tiefer in ihrer Seele, und dabei erfährt man, daß es nicht lediglich die Sorge um die drangsalierten Saarländer ist, welche ihr den Rat zu der menschenfreundlichen Aufschiebung der Abstimmung eingibt. Die Volksbefragung müsse unter diesem deutschen Terror (Wo denn? Unter französischem Saar-Regiment?) einseitig zugunsten des Reiches ausfallen, und das bedeute einen empfindlichen Prestigeverlust Frankreichs vor aller Welt. Und dann sei das Saargebiet auch wirtschaftlich ungemein wichtig für Frankreich, einmal sei es ein guter Abnehmer französischer Waren und dann: die Kohlengruben! Der Verlust dieses reichen Gebietes — es gehört bekanntlich zum französischen Zollgebiet — müsse auf jeden Fall vermieden werden. Und dann welche unangenehme Überraschung für die Franzosen, wenn sie eines Morgens aufstünden und hätten 800 000 Hitlerianer mehr vor der Tür! So also hat das etwas offenherzige Blatt die Katze aus dem Sack gelassen und die Gründe verraten, warum Frankreich — nicht Deutschland — die freie Volksabstimmung im Saargebiet sabotieren will.

Die französische Werbung, unter Bruch des Versailler Traktats die Volksabstimmung hinauszuschieben, um den jetzigen Zustand, der einer Annexion schon nahe genug kommt, zu verewigen, oder schließlich auch die letzten Rechte des Saargebiets noch zu schlucken, wird mit Fleiß auch in anderen Staaten getrieben. Um das Saargebiet und seine staatsrechtliche Form gibt es aber kein Feilschen und Handeln, hier gibt es auch keine Einschüchterung. Der Weg der Saarländer ist sonnenklar, kein I-Tüpfelchen werden sie von ihm abweichen.

Eröffnung der 12. Internationalen Messe in Posen.

Posen, 1. Mai. (PAT.) Gestern wurde die 12. internationale Messe in Posen eröffnet. Als Vertreter der Regierung war der Minister für Industrie und Handel Dr. Zarzycki erschienen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern der städtischen Behörden und der Messeleitung begrüßt. Minister Zarzycki begab sich sodann in den Repräsentationssaal des Posener Messegeländes, wo sich Vertreter polnischer und ausländischer Wirtschaftsvertretungen, die Behörden und die Spitzen der Gesellschaft der Stadt Posen versammelt hatten.

Stadtpräsident Ratajski hielt eine Begrüßungsansprache. Auch Minister Zarzycki ergriff das Wort und wies auf die Bedeutung der Posener Messe in der Zeit der Krise hin. Die Eröffnung durch Zerschneiden des Bandes vollzog Minister Zarzycki unter den Klängen der Nationalhymne.

Nachdem Minister Zarzycki den einzelnen Messehallen einen Besuch abgestattet hatte, begab er sich nach den Cegielski-Werken, die er besichtigte. Im Anschluß hieran fand ein von der Stadt zu Ehren des Ministers Zarzycki veranstaltetes Frühstück im Hotel Bazar statt. Hier sprach der Direktor der Posener Messe, Professor Ropp. Zur Erwiderung ergriff das Mitglied der französischen Delegation Monsigner das Wort.

Ermordung des Präsidenten von Peru.

Lima, 1. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) **Auf den Präsidenten von Peru, Sanchez Cerro, wurde in dem Augenblick, als er den Ausstellungspalast verließ, in welchem eine Sport- und militärische Ausstellung stattfindet, ein Anschlag verübt. Drei Anarchisten sprangen auf das Trittbrett des Wagens und feuerten ihre Pistolen auf ihn ab. Präsident Sanchecz Cerro wurde von mehreren Kugeln getroffen. Zwei Attentäter wurden auf der Flucht erschossen, einen dritten konnte man festnehmen. In dem durch das Attentat entstandenen Durcheinander wurden gleichfalls zwei Soldaten der Leibgarde des Präsidenten erschossen und fünf verwundet. Der schwer verwundete Präsident wurde nach dem Krankenhaus geschafft und sofort operiert. Sein Organismus war durch den starken Blutverlust so geschwächt, daß er kurz nach der Operation starb. Auf den Präsidenten Cerro wurde bereits schon einmal ein Attentat verübt. Er wurde damals verwundet. Präsident Cerro war erst im Jahre 1931 aus der Verbannung zurückgekehrt.**

Nach dem Tode Cerros wurde sofort der Ministerrat einberufen. In der Übergangszeit wird der Kriegsminister General Benevides das Amt des Staatspräsidenten weiterführen. In Lima wurde der Belagerungszustand verhängt.

Eine Verhaftung in Danzig.

Die Pressestelle des Danziger Senats gibt bekannt:

Gegen den Hofbesitzer Fieguth in Kunzendorf ist ein Strafverfahren eingeleitet und Haft verhängt worden, weil er in einer öffentlichen Versammlung am 26. v. M. in Schönhorst **den Präsidenten des Senats Dr. Ziehm des Landesverrats bezichtigt** hat. Die von Zeugen bestätigte Äußerung hat nach der sofortigen schriftlichen Aufzeichnung eines der Zeugen folgenden Wortlaut gehabt: „Dr. Ziehm hat Landesverrat getrieben.“ Es ist nicht zweifelhaft, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Staatsautorität und der so dringend benötigten Ruhe und Ordnung jede Regierung derartigen ungeheuerlichen Verleumdungen und Beschimpfungen des ersten Beamten des Staates mit aller Schärfe entgegentreten muß. Wie wir hören, wird die gerichtliche Verhandlung gegen Fieguth am Dienstag stattfinden.

*

Die „Danziger Neuest. Nachrichten“ wissen zu dem Zwischenfall u. a. noch folgendes zu berichten:

Der erste Vorsitzende des Kreiswirtschaftsverbandes Großes Werder, Besitzer Fieguth-Kunzendorf, ist Donnerstag auf Anordnung des Senats von einem Oberleutneant und zwei Mann der Danziger Landjägerei auf Verfügung des Landrats Poll des Kreises Großes Werder, der dazu vom Senat die Anweisung erhalten hatte, verhaftet worden.

Der zuständige Richter in Neuteich, dem Besitzer Fieguth vorgeführt worden war, hatte den Erlaß eines Haftbefehls abgelehnt. Nach Rückfrage in Danzig wurde Besitzer Fieguth auf ausdrückliche Anordnung des Senats im Auto unter polizeilicher Bewachung nach Danzig gebracht und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Die Oberstaatsanwaltschaft hat Anklage gegen Fieguth auf Grund des § 106a StGB. (Beleidigung der Regierung) erhoben.

Der Landbundvorstand und -ausschuß traten am Freitag mittag nach Erhalt dieser aufsehenerregenden Nachricht (unter dem Vorsitz von Dr. Rauschning) zu einer Sitzung zusammen, in der gegen das Verhalten des Senats Stellung genommen wurde. Gegen die Stimmen der Mitglieder Rittergutsbesitzer Burandt, Pfarrer Aeltermann und Westphal wurde folgende

Entschließung

angenommen, die dem Senat telegraphisch übermittelt wurde:

„Der heute tagende Vorstand und Ausschuß des Danziger Landbundes erheben entrüsteten Protest gegen die Verhaftung des 1. Vorsitzenden des Kreiswirtschaftsverbandes Gr. Werder und seine Einlieferung in das Gefängnis in Danzig, obgleich der zuständige Richter die Erlassung des Haftbefehls ablehnte. Ohne in das Strafverfahren selbst eingreifen zu wollen, muß festgestellt werden, daß eine derartige Behandlung eines aufrechten deutschen Bauern, gegen den keinerlei Fluchtverdacht vorliegen kann, restlos unverständlich ist, um so mehr, als der Senat keine Mittel findet, die fortgesetzte Beleidigung der deutschen Erneuerungsbewegung und des Herrn Reichskanzlers in der sozialdemokratischen „Volksstimme“, die eine planmäßige Förderung der Greuelhetze darstellt, zu unterbinden. Eine solche Behandlung wird als eine schwere Beleidigung des ganzen Berufsstandes empfunden. Die sofortige Haftentlassung wird gefordert.“

Englische Unterhausdebatte im polnischen Rundfunk.

Warschau, 1. Mai. (Eigene Meldung.) Nachdem erst vor kurzem zahlreiche Organisationen Polens dem englischen Sachwalter der polnischen Politik, Sir Austen Chamberlain, in Zuschriften und Danktelegrammen ihre Zufriedenheit bekundet haben, hat der frühere britische Außenminister sich jetzt durch Vermittlung der entsprechenden polnischen Stellen für diese Anerkennung bedankt.

Als Höhepunkt der politischen Auswertung der englischen Unterhaus-Debatte muß der gestrige Sonntag gelten, an welchem durch den Warschauer Sender die Aussprache vom 13. April wiedergegeben wurde. Man brachte sie in Form eines Hörspiels, wobei führende polnische Schauspieler die Rollen Chamberlains und anderer englischer Redner übernahmen. Das „politische Hörspiel“ wurde von allen polnischen Sendern übernommen.

Man betont in politischen Kreisen Warschaus mit Genugtuung, daß die Schauspieler in bezug auf Reinheit der Aussprache und des Stils sich vorzüglich in der englischen Sprache zurechtgefunden hätten. Selbst die Zwischenrufe und Beifallskundgebungen wurden möglichst naturgetreu nachgeahmt. Die Vertreter mehrerer englischer Blätter haben über das Hörspiel nach London berichtet.

Göring gegen revolutionäre Erscheinungen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Innenminister an alle nachgeordneten Behörden am 28. April folgenden grundsätzlichen wichtigen Erlaß über die Zuständigkeit für Verhaftungen gerichtet:

„In jüngster Zeit sind mir wiederholt Fälle bekannt geworden, in denen hierzu nichtbefugte Stellen, auch einzelne Dienststellen des Ministeriums, Verhaftungen von Personen angeordnet und durchgeführt haben, obwohl hierzu hinreichende Veranlassung nicht gegeben war. Auch ist bei mir des öfteren zur Sprache gebracht worden, daß solche Stellen unter mißbräuchlicher Benutzung meines Namens mir unterstellte Behörden, insbesondere polizeiliche Dienststellen, unberechtigt mit Weisungen versehen haben, Festnahmen auszuführen.

Ich ersuche, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß die Befugnis zur Festnahme lediglich den ordentlichen Polizeibehörden zusteht, die ihre Entschließung auf Grund der ihnen zu unterbreitenden Vorgänge nach pflichtmäßiger Prüfung aus eigenem Ermessen selbst zu treffen haben. Aufträge zu Festnahmen haben diese Behörden allein von mir, als dem Minister des Innern, meinem Staatssekretär und den verantwortlichen vorgesetzten Dienststellen (Kommissare zur besonderen Verwendung gelten nicht als derartige Dienststellen) entgegenzunehmen.

Zuwiderhandlungen gegen diese meine Anordnung werde ich unnachsichtlich dienststrafrechtlich ahnden und die Schuldigen gegebenenfalls auch strafrechtlich zur Verantwortung ziehen. Bei der Anordnung von Beschränkungen der persönlichen Freiheit nach Maßgabe des § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 ist im übrigen auf die Innehaltung der im Runderlaß vom 3. März 1933, Ziffer 1, gezogenen Grenzen sorgfältig zu achten. Die Verhängung der Polizeihaft wegen Korruptionsverdacht hat daher in Zukunft zu unterbleiben.“

Verstaatlichung der Hochschule für Politik.

Die Deutsche Hochschule für Politik wird jetzt vom neuen Propagandaministerium, das an Stelle des Kultusministeriums für sie zuständig geworden ist, in eine staatliche Lehranstalt umgewandelt. Angesichts dieser Organisationsänderung und der damit verbundenen personellen Veränderungen verzichten der Präsident Professor Dr. Jäckh und das Kuratorium (unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten i. R. Prof. Dr. Simons) auf ihre Ämter und beantragen auf Grund einer mit dem Propagandaministerium zustandegekommenen Vereinbarung die satzungsgemäße Auflösung des „Eingetragenen Vereins DHfP.“, um die vorbereitete Verstaatlichung zu ermöglichen.

In einer Greuelfabrik.

Der Berliner Korrespondent des UTA-Presse-Dienstes berichtet:

Also das gibt es. Es gibt wirkliche Greuelfabriken, Stätten zur Massenherstellung von Greuelnachrichten, von Greuelbildern und Dokumenten, die die Echtheit der Fälschungen beweisen. Wäre die Sache nicht so ernst, so könnte man den geradezu diabolischen Humor jener bestaunen, die in diesen Tagen im Herzen Berlins vollkommene Werkstätten errichtet haben, die mit modernsten Behelfen versehen sind, und deren Aufgabe es war, das Ausland davon zu überzeugen, daß in Deutschland Untaten gegen Juden oder politische Gegner begangen wurden. Die Tatsache, daß in einem Teil der Auslandspresse in der letzten Zeit eine neue Welle der Greuelpropaganda hochging, und der Umstand, daß Berichte sogar mit erstaunlichem Bildmaterial versehen waren, ließ die Frage immer dringender werden, woher diese Berichte — ihre Berliner Lokalfärbung war offensichtlich echt — eigentlich stammten. Nun ist das Rätsel zum Teil gelöst.

Die Leitung der politischen Polizei hat ausländische Pressevertreter eingeladen, sich davon zu überzeugen, wo und wie Greuelberichte erzeugt werden, über deren fortgesetztes Auftauchen in ausländischen Blättern niemand mehr betroffen sein kann, als gerade jene Vertreter der Auslandspresse in Berlin, die diesen Umtrieben völlig ferne stehen. Wir haben also unter Führung von Beamten der politischen Polizei Greuelfabriken (es sind deren mehrere entdeckt worden) Besuche abgestattet. Man hat diese Stätten dadurch aufgefunden, daß einige wegen politischer Umtriebe Verdächtige festgenommen wurden und daß diese Festnahmen zu Haussuchungen und dann zur Feststellung von Propagandazentralen für Greuelberichte führten. Nach dem uns vorgewiesenen Material und aus allem Augenschein ergibt sich, daß Propagandastellen mit illegalen Stellen zusammenarbeiten, um das Ausland mit falschen Nachrichten aus Deutschland zu versorgen.

Der Weg führte uns zunächst zum Stadtzentrum, wo in einer von einem Speicher abgetrennten Wohnung ein Bureau eingerichtet war. Die Wohnung war als photographisches Atelier hergerichtet und durch Vorsichtsmaßmaßnahmen gesichert. In einem der ersten Räume stand auf einem Tisch ein Vergrößerungsapprat. Bei näherem Zusehen stellten die Beamten fest, daß sich unter diesem Tisch eine Klappe zu einem Lichtschacht befand, durch den man ein isoliert liegendes Zimmer erreichen konnte, das man unauffällig verlassen konnte. In dieser Wohnung wurden neben kommunistischen illegalen Schriften modernste Vervielfältigungsapparate mit besonderem Leistungsvermögen, Photoplatten, eine fachmännisch angelegte Dunkelkammer und vieles andere gefunden. Aus dem Schriftmaterial ergab sich, daß ein Festgenommener und seine Mitarbeiter seit Wochen illegale Schriften, insbesondere Greuelnachrichten, hergestellt hatten. Ferner wurde festgestellt, und von den Verhafteten eingestanden, daß ein regelrechter Nachrichtendienst mit der KPD-Zentrale unterhalten und auf dem Wege über die Rote Hilfe die ausländische Presse über Einzelheiten angeblicher Mißhandlungen und angeblich festgenommener Personen, in der Hauptsache Kommunisten und Juden, unterrichtet wurde.

Die Bilder zu den Greulberichten wurden an der zweiten besichtigten Stelle, ebenfalls einem photographischen Atelier in der City, hergestellt. Der Inhaber dieses Ateliers ist der Sohn des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Auch dieses Atelier war gesichert und für eine illegale Tätigkeit geeignet, da es Fluchtmöglichkeiten über die Dächer der Nebenhäuser besaß. Hier wurden gestellte Greuelszenen photographiert oder vervielfältigt und die Abzüge ins Ausland geschickt. Zu den Bildern eines mißhandelten Juden, der angeblich ein Onkel Eisners sein sollte, hatte sich ein Kriegsbeschädigter aus Schöneberg zur Verfügung gestellt. Weitere Greuelszenen waren im Gewerkschaftshaus am Engelufer, in der Wohnung des entlassenen Stadtschulrates Löwenstein-Neukölln, sowie an einem bisher noch unbekannten Ort hergestellt worden. Von den angeblichen Verwüstungen im Gewerkschaftshaus wurden fünf verschiedene Aufnahmen gemacht. Eisner erhielt, wie die Beamten der politischen Polizei feststellen konnten, den größten Teil seiner Aufträge durch die SPD und ihre Nebenorganisationen. Man fand bei ihm eine neue SA-Uniform, die für photographische Zwecke verwendet wurde.

Reichhaltiges Material wurde an der dritten Stelle gefunden. Hier handelte es sich um die Wohnung eines Verlagsangestellten, der von den Vorgängen in seiner Wohnung nichts gemerkt haben will. Aufschlußreich für die Polizei waren Listen der Querverbindungen zu den marxistischen Organisationen und eine Matrize auf Vervielfältigungsapparat, in der zu einem antifaszistischen Kongreß im benachbarten Ausland eingeladen wurde. Ferner fand sich eine Liste der in Schutzhaft befindlichen Personen und Korrespondenz mit den verschiedenen Stellen der KPD und der Roten Hilfe vor. Die Besichtigung gab den Vertretern der Presse ein Bild von der Art, wie Greuelmärchen fabriziert und ins Ausland gebracht werden.

In einer Greuelfabrik, die Unter den Linden liegt, wurde unmittelbar nach der Aktion der Kriminalpolizei ein Einbruch verübt. Man hoffte, den Beamten entgangenes Belastungsmaterial in Sicherheit bringen zu können. Die Nachforschungen der Polizei haben ergeben, daß die Internationale Arbeiterhilfe, die in Deutschland von dem gefürchteten kommunistischen Millionär Willy Münzenberg geleitet wurde, an der Hetzpropaganda im Ausland beteiligt ist. Die Schriften, die von dieser Stelle verbreitet werden, sind zumeist in Paris gedruckt. Auch sonst haben die Kommunisten, wie die politische Polizei mitteilt, ihre Wühlarbeit nicht aufgegeben. So ist in Berlin eine Paßfälscher-Zentrale — die fünfte ihrer Art — entdeckt worden, in der eine Unmenge von Falsifikaten hergestellt worden ist. Es wurden bei dieser Gelegenheit Photographien der Polizeiakten über früher ausgehobene Fälscherzentralen gefunden, sowie eine Denkschrift, die nur in wenigen Exemplaren erschienen ist. Wie die Kommunisten in den Besitz dieser Schriftstücke gekommen sind, ist der Polizei bisher ein Rätsel.

Übrigens wird — wie man uns mitteilt — in nächster Zeit eine Statistik der Todesfälle veröffentlicht werden, die seit dem Ausbruch der nationalen Revolution zu verzeichnen sind. Sie werden die maßlosen Übertreibungen feststellen, die im Ausland hierüber noch immer verbreitet sind.

Der eigene Weg der Kirche.

Kirchenbund und Altpreußische Union.

Nachdem der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß bereits am Dienstag sich hinter die von seinem Präsidenten D. Kapler ergriffenen Maßnahmen gestellt hatte, hat am Mittwoch nachmittag die Kommission des altpreußischen Kirchensenats ihre Vollmachten an den Präsidenten D. Kapler übertragen. Damit ist die „Gleichschaltung" der Altpreußischen Union mit dem Kirchenbund vollzogen. Das ist ein glücklicher Entschluß. Die Leitung der Arbeiten an der Kirchenreform liegt in bewährten Händen.

*

Von den letzten Besprechungen, die der Reichskanzler mit kirchlichen Führern führte, wird folgendes Wort Adolf Hitlers bekannt:

„Auch wenn an der einzelnen Konfession wirklich noch soviel auszustellen wäre, so darf die politische Partei doch nicht einen Augenblick die Tatsache aus dem Auge verlieren, **daß es nach allen bisherigen Erfahrungen der Geschichte noch niemals einer rein politischen Partei in ähnlichen Lagen gelungen ist, zu einer religiösen Reformation zu kommen."**

*

Pfarrer Müller und die „Deutschen Christen".

Die Reichsleitung der „Deutschen Christen" teilt folgendes mit:

Wehrkreispfarrer Müller hat, nachdem er den Auftrag Hitlers erhielt, mit den Kirchen offiziell zu verhandeln, die Richtschnur, die einzuschlagen ist, mit dem Reichsleiter der „Glaubensbewegung Deutsche Christen", Pfarrer Hossenfel'der, besprochen. Pfarrer Müller, der selbst Mitglied der Glaubensbewegung ist, sieht sein Amt so an, daß nichts ohne und erst recht nichts gegen die Reichsleitung der Deutschen Christen unternommen wird. Pfarrer Müller und Pfarrer Hossenfelder werden gemeinsam mit Hilfe der „Deutschen Christen" alle Störungsversuche, die von anderer Seite kommen, unterdrücken.

Auf Anfrage wurde der „Täglichen Rundschau" erklärt, daß als Störungszentren alle diejenigen Gremien zu betrachten seien, die sich in der letzten Zeit neben den ordentlichen Kirchenbehörden gebildet haben, um Kirchenpolitik auf der Grundlage neuer Bekenntnisse zu treiben.

*

Professor Spranger.

Eine Antwort der Deutschen Studentenschaft.

Die **„Devtsche Studentenschaft"** veröffentlicht zu den Erklärungen des Professors Dr. Eduard Spranger unter der gerade für diesen schmerzlichen Fall sonderbaren Überschrift „Ein Hochschulprofessor ist vergessen worden", folgendes:

„Professor Dr. Eduard Spranger ist mit einer Erklärung zurückgetreten, die in gleicher Weise Kritik am Verhalten der Deutschen Studentenschaft, wie an den Maßnahmen des Preußischen Kultusministeriums übt. Professor Spranger gibt einer auch von der Studentenschaft geteilten Meinung Ausdruck, wenn er die Echtheit des Wirkens eines Hochschullehrers von seinem Verhältnis zum Studenten abhängig macht. Soweit er seinen Rücktritt hieraus begründet und vornimmt, verschafft er der charaktervollen, ehrlichen, vom Sinne der Hochschule erfüllten Lehrerpersönlichkeit Ausdruck, wie sie von der Deutschen Studentenschaft erwähnt wird. Diese offenen, das Zugeständnis enthaltenden Worte, daß der Mangel der studentischen Gefolgschaft den Hochschullehrer außerhalb des Bereichs der Hochschule stellt, seinen Rücktritt erforderlich mache, werden in bedauerlicher Weise durch Bemerkungen getrübt, die nur aus der menschlichen Lage Sprangers erklärlich sind und allein dadurch, daß sie in dieser Weise zum Übergewicht gelangen konnten, das letzte Wort über den Menschen und Hochschullehrer Spranger bedeuten. Wer die Studentenschaft zu den Metternichen der Professoren stempelt, deutet dadurch nur die Kluft an, die ihn vom Studenten der Revolution trennt. Wer aber im gleichen Atemzuge bekannt gibt, daß er bei der Begründung eines Ordinariats für politische Pädagogik vom Kultusministerium vergessen wurde, erzeugt einen Eindruck, der es auch der Studentenschaft erschwert, einem Manne, dessen Charakter von weiten Kreisen geschätzt wurde, den Abgang menschlich zu erleichtern. Die Studentenschaft hat Herrn Professor Spranger zu antworten, daß sie gerade in dem von ihm kritisierten Ordinariat und Institut für politische Pädagogik beweisen wird, daß der deutsche Student sich dann in der Gefolgschaft befindet, wenn sie eine Wissenschaft erlebt, die aus dem Geist der Revolution kommt."

*

Die „Deutsche Tageszeitg." bemerkt zum Rücktritt Prof. Sprangers u. a. was folgt:

„Der Verzicht eines Mannes von dem hohen wissenschaftlichen Ansehen Professor Sprangers auf die weitere Ausübung seines Lehramtes, die Begründung, die er diesem aufsehenerregenden Schritt gibt, beleuchtet in besonderem Maße die Bedenklichkeit der Situation. Man erfährt aus seiner Erklärung mit Erstaunen, daß es selbst dem preußischen Kultusminister nicht möglich gewesen ist, sich gegenüber der Studentenschaft der Berliner Universität in der Frage ihres über das Ziel hinausschießenden Aufrufs, der zu dem bekannten Konflikt mit dem Rektor geführt hat, durchzusetzen. Mit vollem Recht verweist Spranger auf die schwere Gefährdung des gerade in der neuen Zeit im Vordergrunde stehenden Führerprinzips, die sich aus solchen und anderen ähnlichen Vorgängen ergeben muß. Gerade unter diesem Gesichtspunkt, unter dem auch der selbstverständlichen Disziplin, ist es Sache der berufenen, verantwortlichen Stellen, zu entscheiden, wer in dem Deutschland der nationalen Erhebung fähig und würdig ist, akademisch zu lehren.

Der Versuch der Studentenschaft, im Einzelfalle und hier und dort dieses Recht bestimmend und für sich allein in Anspruch zu nehmen, stellt die notwendige und selbstverständliche Ordnung auf den Kopf; **der Anspruch gar, wie er gelegentlich erhoben wird, daß die noch zum Lernen Berufenen entscheiden wollen, was wissenschaftlich wertvolle Arbeit der Lehrer ist, tut es fast noch mehr.** Der Sturm schließlich selbst auf die Bestände der Universitätsbibliotheken, um sie von statsgefährlichen oder sonstwie vermeintlich schädlichen Büchern zu säubern, bedeutet nicht nur eine ernste Gefahr für wissenschaftliche Forschung, **er führt auch hart an die Grenze dessen, wo löblicher Eifer in Lächerlichkeit umschlägt.**

„Das sind Dinge, die dem Ansehen und dem Wirken des nationalen Deutschland nicht nützlich, sondern unmittelbar abträglich sind; verständlich und entschuldbar aus dem Überschwang der Jugend, Dinge aber, denen gegenüber die Verantwortlichen sich durchsetzen müssen. Die Disziplin der nationalen Revolution darf nicht gefährdet werden, indem ihre Richtung und ihre Methoden — über die Ziele ist kein Streit — statt von oben verantwortlich, von unten her unverantwortlich bestimmt werden." —

*

Schaffung eines Geheimen Staatspolizeiamtes.

Wie die T. U. erfährt, hat der preußische Ministerpräsident Göring im Zuge seines Programms zur Reorganisierung der preußischen Polizei und in Fortsetzung seiner umfassenden Maßnahmen zur Niederkämpfung des Bolschewismus und anderer staatsfeindlicher Bestrebungen die bisher dem Polizeipräsidium angegliederte politische Polizei abgetrennt und sie zu einer selbständigen Behörde gemacht.

Das so geschaffene Staatspolizeiamt, dessen Tätigkeit durch ein Gesetz vom 26. April d. J. geregelt ist, wird dem preußischen Minister des Innern unmittelbar unterstellt. Die Aufgabe des Geheimen Staatspolizeiamtes besteht in der Erforschung und Bekämpfung aller staatsgefährlichen politischen Bestrebungen im gesamten preußischen Staatsgebiet. Hierzu werden ihm nicht nur die anderen Polizeibehörden unterstellt, sondern auch eigene Exekutivorgane zugeteilt. Das Geheime Staatspolizeiamt hat seinen Sitz in Berlin SW. 11, Prinz Albrecht-Straße 8. Seine Zuständigkeit erstreckt sich über das ganze preußische Staatsgebiet. In Berlin übernimmt das Geheime Staatspolizeiamt eine Reihe wichtigerer Funktionen, die bisher der Polizeipräsident ausgeübt hat, wie z. B. die Pressepolizei. Das Geheime Staatspolizeiamt hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen.

Flugzeug-Tragödien.

Australienflieger in Italien tot aufgefunden.

Das rätselhafte Verschwinden des Australienfliegers Bert Hinkler, der seit seinem Start am 7. Januar in London zu einem neuen Rekordflug England—Australien verschollen ist, hat jetzt durch einen Zufall seine Aufklärung erfahren. Der „Voss. Ztg." wird dazu aus Mailand berichtet:

In dem nur von einigen Holzhauern begangenen Gebirgswald der etruskischen Apenninen fanden Köhler beim Berge Pratomagno im Gebiet der Gemeinde Castel San Nicolo der Provinz Arezzo die verbrannten Überreste einer Flugmaschine und etwa 100 Meter davon die schon in starker Verwesung begriffene halbverkohlte Leiche eines Mannes. Die noch vorhandenen Dokumente zeigten, daß es sich um Hinkler und seine Puß-Moth-Maschine handelt, mit der er 1931 in 24 Stunden den südlichen Atlantischen Ozean von Brasilien nach der afrikanischen Küste überflogen hatte.

Der festgestellte Schädelbruch läßt annehmen, daß der Tod sofort eingetreten ist. Wenn auch die technischen Ursachen der Katastrophe noch nicht ermittelt sind, steht fest, daß Hinkler von London aus ohne Zwischenlandung die Alpen, in denen man ihn nachher vergeblich gesucht hatte, glücklich überflogen hatte und offenbar nach Brindisi gelangen wollte, als kurz hinter Florenz, in den Apenninen, ein Absturz oder eine Notlandung ihm zum Verhängnis wurde. Der Apparat war mit dem Vorderteil in die Erde eingebohrt. Hoher Schnee hatte in dem unwegsamen Gebiet die Auffindung bis jetzt verzögert.

Ein zweites verunglücktes Flugzeug geborgen

Das seit Anfang der Woche verschollene Verkehrsflugzeug der französischen Linie Bagdad—Marseille ist jetzt beim Dorf Morano in den Gebirgswäldern Kalabriens aufgefunden worden, die infolge ihrer gewaltigen Ausdehnung nur schwer zugänglich sind. Am Freitag morgen sichtete ein Forsthüter in den Tannenbäumen den Schwanz des Flugzeuges, das in den Schnee eingebohrt war. Die Flügel und der Vorderteil des Apparates waren zertrümmert worden, während die Kabine unversehrt blieb. **Aus ihrem Innern ertönten noch Hilferufe.** Sie kamen von drei Überlebenden: Frau Gigandet, einer Verwandten des Generaldirektors der Fluglinie, und Herrn Eteve, sowie dem Radiotelegraphisten Callot. Die anderen drei Passagiere und die zwei Piloten sind dagegen beim Absturz getötet worden. Ihre Leichen lagen unter den Trümmern begraben.

Die drei Überlebenden waren vor Entbehrungen und Kälte ganz erschöpft. Sie hatten vergeblich versucht, in dem mit Schnee bedeckten Walde Hilfe zu suchen und waren zuletzt wieder zum Flugzeug zurückgekehrt, um Hilfe abzuwarten. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt; doch scheint das Flugboot im Sturm infolge Motordefekts zu einer Landung gezwungen worden zu sein.

Schweres Flugzeug-Unglück in Bayern.

Aus bisher nicht geklärter Ursache stürzte am Sonnabend mittag ein von der deutsch-chinesischen Luftverkehrsgesellschaft „Eurasia" kürzlich angekauftes Flugzeug in der Nähe von Traunstein am Chiemsee ab. Das Flugzeug, eine Junkers W 34, die noch die deutsche Zulassungsnummer D 4 trug, befand sich auf einem Dauerprobungsflug, zu dem sie in Berlin gestartet war. Die Besatzung, Flugkapitän Wende, Funkmaschinist Eichentopf, sowie die beiden Insassen, Direktor Schmidt von der „Eurasia" und ein Fräulein Lister kamen bei dem Unfall ums Leben. Das Flugzeug wurde zertrümmert.

*

Schweres Bergwerksunglück.

In der Nacht zum Sonntag ereignete sich auf der Zeche Matthias Stinnes I/II/V in Essen-Carnap ein furchtbares Bergwerksunglück, dem sieben Menschen zum Opfer fielen. Gegen 23,30 Uhr erfolgte auf der siebenten Sohle in der zweiten östlichen Abteilung der Zeche eine schwere Explosion, deren Ursache bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte. Die Grubenrettungskommission, die sofort benachrichtigt wurde, nahm ihre Arbeit alsbald nach dem Eintritt der Explosion auf und konnte die die sieben Toten sämtlich bis 4,30 Uhr am Sonntag bergen.

Die Vermutung liegt nahe, daß es sich um eine Schlagwetterexplosion **handelt.**

Die Verschärfung der Paßvorschriften.

nimmt die polnische Presse beinahe ganz apathisch auf. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ begnügt sich mit der Wiedergabe des Rundschreibens des Innenministers und bemerkt dazu nur:

Dieses Rundschreiben und namentlich der Punkt 3 desselben über die Einschränkung der Pässe geht viel weiter als die Verordnung, die im Sommer 1925 der damalige Ministerpräsident Władysław Grabski erlassen hat. Die neue Verschärfung wird damit begründet, daß die Erhöhung der Paßgebühren nicht die Folge gehabt hat, die Zahl der Auslandsreisen zu vermindern, was einem zu glauben schwer fällt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 1. Mai.

Etwas wärmeres Wetter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet etwas wärmeres Wetter bei leichter, wechselnder Bewölkung an.

Städtische Angestellte vor der Entlassung.

Hundert Beamte brotlos.

Anläßlich der im Oktober vorigen Jahres erschienenen Verordnung des Staatspräsidenten betreffs der Sparmaßnahmen im Gemeindeetat sowie auf Grund der letzthin getroffenen Verfügungen für Neuregelung der kommunalen Selbstverwaltung ist der hiesige Magistrat nunmehr vor die Notwendigkeit gestellt worden, einem großen Teil seiner Beamten zu kündigen. Es ist dies bereits mit etwa hundert Angestellten geschehen, die mit dem 31. Juli d. J. aus dem Dienst treten — weiteren Hundert steht die Entlassung bevor.

Dieser Schritt ist bedauerlich und dürfte keinesfalls zur Linderung der allgemeinen Notlage beitragen, um so weniger, als sich unter den Betroffenen Familienväter befinden, denen die Sorge um das tägliche Brot ohnehin schon Kummer genug bereitet. Schwerlich jedoch kann man diese Zwangsmaßnahmen dem Magistrat zur Last legen, bei dem die Folgen der mehr und mehr um sich greifenden „Verstaatlichung“ bereits recht unerfreuliche Ergebnisse gezeitigt haben: Die Stadteinnahmen werden unter dem Druck der umgestaltenden Methoden immer weniger. Es nimmt daher auch nicht weiter wunder, wenn die Entlassung weiterer Beamten notgedrungen erfolgen muß. (Der Warschauer Magistrat kündigte zum 31. Juli d. J. 300 Angestellten!) Dies wird teilweise abhängig gemacht von der endgültigen Übernahme seitens der Finanzämter der von der Gemeinde bisher verwalteten Steuern.

In welchem Widerspruch dieser Abbau zur neuen Arbeitslosensteuer steht, braucht wohl nicht weiter gesagt zu werden. Eine Steuer, die zum Zweck der Arbeitslosenlinderung oder Arbeitsbeschaffung geschaffen wird und bei der — das ist für obigen Fall bezeichnend — auch die Beamten miteinbegriffen sind, damit vielleicht aus Gründen der „Sparsamkeit“ andere Beamten entlassen und unterstützt werden können, ist ein fragwürdiges Unterfangen.

Oder ist es letzten Endes belanglos, ob hundert oder zweihundert Arbeitslose mehr oder weniger stempeln gehen?

---

§ **Apotheken-Nacht- und Feiertagsdienst** haben bis zum 4. Mai früh Bären-Apotheke, Bärenstraße (Niedźwiedzia) 11, und Kronen-Apotheke, Bahnhofstraße 48.

§ **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet am Donnerstag, dem 4. Mai, statt. Auf der Tagesordnung stehen die Kenntnisnahme der Bilanz der Stadtsparkasse und Verteilung des Gewinns, wovon 21 000 Złoty zum Ankauf von Lebensmitteln für die Arbeitslosen verwandt werden sollen, ferner ein Antrag des Magistrats auf Einführung eines neuen Schornsteinfeger-Tarifs und die Bestätigung des Stadtwappens.

§ **Muttertagsfeier in Schröttersdorf.** Am gestrigen Sonntag hielt Pfarrer Gauer in der Gemeinde Schröttersdorf im Rahmen eines Gottesdienstes eine weihevolle Muttertagsfeier. Der Altarraum des recht gut besuchten Gotteshauses war wundervoll geschmückt. Nach dem unter Posaunenbegleitung gesungenen Eingangsliede „Wie groß ist des Allmächt'gen Güte ...“ und der Eingangsliturgie, die schon völlig auf den Ton des ganzen Festes eingestimmt war, folgte die eigentliche Festfeier. Sie war sinngemäß vierfach gegliedert: „Mutterliebe“, „Mutterfreude“, „Mutterleid“, „Der Mutter Heimgang“. Zu jedem einzelnen Teil wurde vom Geistlichen ein passendes Schriftwort verlesen, Gedichtvorträge und mehrstimmige Gesänge der Klein-Bartelseer Jugend wechselten einander ab und umrankten die einzelnen Leitgedanken. Besonders trostvoll und sinnig für alle Mütter war das Gedicht vom Arzt, das zeigte, wie Jesus, der rechte Arzt, nicht nur bestimmte Sprechstunden hat, sondern daß ein bedrängtes Mutterherz sich allezeit vertrauensvoll an ihn wenden darf. Im 3. Teil hielt Pfarrer Gauer dann die Festansprache. Am kananäischen Weibe (Matth. 15, 21—28) zeigte der Redner, wie Mutterleid durch Mutterliebe und Mutterglaube dennoch zum Segen an Mutter und Kind werden kann. Eine besondere Weihe erhielt das Fest noch durch die Taufe des ersten Töchterchens junger Eltern aus der Gemeinde. Nach der Schlußliturgie wurde gemeinsam zum Ausgang „O selig Haus, wo man dich aufgenommen“ gesungen.

§ **Einbruch in das Bureau des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe.** In den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages wurde festgestellt, daß Einbrecher wahrscheinlich in der Nacht zum Sonntag in die Bureauräume des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe in der Fischerstraße (Marcinkowskiego) eingedrungen waren. Da die Täter das Sicherheitsschloß nicht öffnen konnten, schoben sie die Riegel, die an den Türflügeln oben und unten angebracht sind, zur Seite und drückten so die Tür auf. Sie begaben sich in die Kasse, öffneten zunächst wahrscheinlich mit Hilfe von Dietrichen sämtliche Schreibtischschübe, die sie durchwühlten. Sodann machten sie sich an dem Geldschrank zu schaffen. Von der Seitenwand aus bohrten sie den Schrank an, konnten jedoch nichts erreichen. Entweder sind die Einbrecher in ihrer Arbeit gestört worden oder ihr Handwerkszeug versagte. Jedenfalls stellten sie ihre Arbeit ein und entkamen unerkannt, ohne etwas gestohlen zu haben. Die Polizei, die sofort benachrichtigt wurde, hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

§ **Unfälle.** In dem staatlichen Sägewerk in der Thorner Straße stürzte ein Balken herunter, wodurch dem Arbeiter Jan Hanisz, Thorner Straße 248, das linke Bein gebrochen wurde. Der Verletzte wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. — Sonntag nachmittag erlitt die 14jährige Schülerin Helene Łożyńska einen schweren Unfall. Während einer Radfahrt lief ihr plötzlich ein kleines Kind entgegen. Da sie es nicht überfahren wollte, bog sie plötzlich zur Seite und kam dabei zu Fall. Bei diesem Sturz erlitt die Schülerin einen Armbruch.

§ **Zu einem Jahr Gefängnis verurteilt** wurde der 33jährige Arbeiter Henryk Dzięciałowski von hier. D., der bereits vorbestraft ist, hatte anfangs dieses Jahres einen Wohnungseinbruch bei der Ehefrau Helene Sarnecka verübt und dabei Wäsche und andere Sachen im Werte von 200 Złoty gestohlen. D. hatte sich wegen dieses Diebstahls vor dem hiesigen Kreisgericht zu verantworten, das ihn zu obiger Strafe verurteilte. ‡

§ **Wegen Betruges** hatten sich die hiesigen Vermittler Kazimierz Czichy und Josef Dembiński vor dem hiesigen Kreisgericht zu verantworten. Anfang Januar hatte sich bei den Angeklagten der Arbeitslose Franciszek Waleńczak auf ein Inserat hin gemeldet, in dem bei freier Wohnung eine Portierstelle zu vergeben war. Die Herren Vermittler verlangten vor Mitteilung der Adresse die Vorauszahlung von 10 Złoty. W. borgte sich das Geld und händigte es den Angeklagten ein. Am nächsten Tage war die angebotene freie Portierstelle angeblich bereits vergeben, weshalb die Angeklagten den W. an eine andere Stelle verwiesen. Dort stellte es sich jedoch heraus, daß der Portier gar nicht daran dachte, seinen Posten aufzugeben, im Gegenteil, er war sehr darüber aufgebracht, daß ihm dauernd Leute auf den Hals geschickt wurden und zwar von dem Handelsbureau der beiden Angeklagten. Um dem Unfug ein Ende zu machen, ging er zusammen mit dem Stellungsuchenden zu den Vermittlern, wo er sie zur Rede stellte. W., der einsah, daß er durch die beiden doch zu keiner Stellung gelangen würde, forderte seine eingezahlten 10 Złoty zurück, woran die Angeklagten jedoch nicht dachten. Das Gericht erkannte C. für schuldig und verurteilte ihn zu 3 Wochen Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub. D. wurde freigesprochen. ‡

Die Menschen werden ewig nach Leidenschaften handeln; diejenige Verfassung ist also die beste, welche die edleren Leidenschaften einflößt und die unedleren tötet. F. H. Jacobi

---

z **Inowrocław**, 30. April. Ausschreibung. Für das hiesige Städtische Schlachthaus werden 10 zweiteilige Schränke 1,00 × 2,00 × 0,35 benötigt, die aus trockenem, gesundem Fichtenholz angefertigt und mit Außenanstrich versehen sein sollen. Offerten sind in versiegeltem Kouvert mit der Aufschrift: „Oferta na dostawę szaf“ bis zum 10. Mai 1933 einzureichen.

Unbekannte Diebe drangen am letzten Sonntag, als sich die Witwe Konieczna in der Küche befand, in deren Wohnung ein und stahlen aus dem mit einem Dietrich geöffneten Kleiderschrank 130 Złoty Bargeld.

z **Kruschwitz**, 30. April. Festgenommen wurden von der Polizei 8 Personen, die gerade im Begriff waren, 21 Säcke Kartoffeln, die sie dem Besitzer des Gutes Rzeszynek gestohlen hatten, auf drei Kähnen fortzuschaffen. Die Beute konnte ihnen wieder abgenommen werden.

& **Posen**, 30. April. Der 17jährige Gymnasiast Czesław Goślinski stürzte im Hause fr. Ritterstraße 39 infolge eines Fehltritts die Treppe herunter und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Der am Berdychowoer Damm wohnhafte Władysław Szczepaniak kam bei einer Beschäftigung an der Hochspannung dieser zu nahe, erlitt einen Schlag und wurde hinabgeschleudert. Seine Verletzungen sind nicht erheblich. An der Ecke der Schuhmacher- und Breitenstraße wurde Kasimir Antkowiak aus Luisenhain von einem Personenkraftwagen überfahren und leicht verletzt. Sein Fahrrad wurde vollständig zertrümmert.

Aus dem elektrotechn. Geschäft von Władisław Makowski, fr. Wilhelmstraße 26, wurden elektrische Waren im Werte von 250 Złoty und eine Armenbüchse mit 168 Złoty bei einem nächtlichen Einbruch gestohlen. Durftige Seelen waren es offenbar, die nachts aus der Gastwirtschaft von Sofie Galecka, fr. Südstraße 7, Spirituosen und Tabakwaren im Werte von rd. 1650 Złoty stahlen.

wi **Stenschewo** (Stęszew), 30. April. Gestern nachmittag gegen 2.30 Uhr fuhren wahrscheinlich infolge starker Staubwolken in dem nahegelegenen Dembinko (Dębinko) der von Posen kommende Lastautobus und ein in Richtung Posen fahrendes Personenauto so stark aufeinander, daß nicht nur beide Wagen stark beschädigt, sondern auch mehrere Personen verletzt wurden. Ganz besonders schwer verletzt wurden die Insassen des Personenautos, die gerade zu einer Hochzeit fahren wollten. Die Schwerverletzten wurden sofort nach Posen in ein Krankenhaus befördert.

p **Wirsitz** (Wyrzysk), 30. April. Am gestrigen Sonnabend äscherte in Groß-Tonin, Kreis Wirsitz, ein Schadenfeuer bei den Besitzern Biegalke, Schliep und Lindenberg Scheunen und Stallungen ein. Verbrannt ist zum Teil auch totes und lebendes Inventar. Der Schaden beläuft sich auf annähernd 80 000 Złoty. Die Ursache des Brandes ist bisher ungeklärt.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

J. Gr. Plac. Die Läden, in denen der Verkauf von Milch und Milcherzeugnissen stattfindet, müssen den Vorschriften des § 12, Abs. 2, 3 und 5 und dem § 13, Abs. 1 und 3, des Gesetzes über die Milchaufsicht vom 9. Dezember 1932 entsprechen. Diese Vorschriften besagen: Räume, in denen Milche verkauft wird, dürfen nicht unmittelbar mit der Wohnung zusammenhängen oder zur Wohnung oder als Ruheräume dienen. Sie müssen hell, kühl, trocken, gut gelüftet sein und einen festen undurchlässigen Fußboden haben. Die Wände müssen glatt, mit heller Ölfarbe gestrichen oder geweißt und mindestens in Höhe von 2 Metern mit heller Ölfarbe gestrichen sein, oder in der genannten Höhe aus Material bestehen, das sich leicht waschen läßt. Die Räume müssen mit gutem Trinkwasser und zum Waschen des Geschirrs mit fließendem Wasser, sowie mit Seife und Handtuch zum Händewaschen und mit einem Wasserspucknapf versehen sein. Die Fenster müssen im Sommer offen und mit dichtem Drahtnetz versehen sein. Der Raum muß außerhalb sauber und die Milch gegen jede Verunreinigung geschützt sein. In Lebensmittelgeschäften, in denen der Handel mit Milch und Milchprodukten ein Nebengeschäft darstellt, muß diesen Produkten (Milch und die Erzeugnisse daraus) ein besonderer, von den anderen Lebensmitteln entfernter Platz zugewiesen werden, oder die Milch **kann nur in verschlossenen Gefäßen** (Flaschen) verkauft werden. In Läden, in denen Milch und Milchprodukte verkauft werden, dürfen Haustiere nicht gehalten werden. An den Türen dieser Läden muß eine deutliche Aufschrift aushängen, daß der Einlaß von Hunden verboten ist. Was unter den Produkten, die nachteilig auf die Milch einwirken können, und die deshalb in Milchläden nicht geführt werden können, zu verstehen ist, ist an der betreffenden Stelle des Gesetzes nicht näher angegeben. Man darf aber wohl annehmen, daß nur solche Waren verboten sind, die leicht verderben.

R. M. 17. Auch Sie haben selbstverständlich auf Rente Anspruch. Wenden Sie sich dieserhalb an die hiesige Krankenkasse. Diese wird das Weitere veranlassen.

G. Z. T. 1. Das Moratorium gilt auch für ausgeklagte Hypotheken, für die der Versteigerungstermin des Grundstücks bereits festgesetzt worden ist; denn nach Art. 3 des Gesetzes vom 28. 3. 1933 ist die Zwangseinziehung der Kapitalforderung bis zum 1. Oktober 1934 unzulässig. Dagegen ist die zwangsweise Einziehung der Zinsen und Kosten zulässig. Gegen Zwangsmaßnahmen des Urząd skarbowy und des Gerichtsvollziehers kann sich der Schuldner, soweit es sich nicht um Hypotheken handelt, überhaupt nicht schützen, denn das Moratorium erstreckt sich nur auf Hypotheken und nicht auch auf andere Forderungen. 2. Gerichtsaufsicht kann entweder der oder die Gläubiger oder auch der Schuldner beantragen. Ein Einverständnis der Gläubiger zu dem Zwecke ist nicht erforderlich. Das Gericht läßt den Antrag nachprüfen und verständigt die anderen Interessenten. Wenn zwei Versteigerungstermine fruchtlos ausgefallen sind, d. h. wenn nicht ⅔ des Schätzungswertes geboten worden sind, wird das Versteigerungsverfahren aufgehoben.

„Hypothek.“ Die 40 000 Mark in Złoty umgerechnet ergeben 49 382,71 Złoty. Die Aufwertung beträgt 15 Prozent = 7 407,40 Złoty. Was die Zinsen anlangt, so können nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichts nur diejenigen für die letzten 4 Jahre beansprucht werden, da nach der Auffassung des Obersten Gerichts die Zinsen vom 1. 1. 20 bis zum 30. Juni resp. bis 31. 12. 24 nur dann, wie in der Aufwertungsverordnung bestimmt ist, zum Kapital geschlagen und so vor der Verjährung geschützt werden können, wenn der Gläubiger einen bezüglichen Antrag stellt. Da die Verjährung für die Zinsen erst am Schlusse des Jahres, in dem sie fällig sind, beginnt, können in Ihrem Falle die Zinsen vom 1. 1. 29 ab verlangt werden. Die früheren Zinsen sind verjährt. Bis 30. 6. 33 ergibt dies an Zinsen den Betrag von 1666,66 Złoty, so daß am 30. 6. 33 an Kapital und Zinsen 9 074,06 Złoty zu zahlen wären.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 3. Mai.

Königswusterhausen.

08.35: Tagesspruch. Anschl. bis 08.00: Von Berlin: **Konzert.** 09.00: Schulfunk: Märkische Heimat (I): Nach Ostland wolln wir **reiten.** 10.00: Von Hamburg: **Stapellauf des Schulschiffes der Reichsmarine „Ersatz Niobe“.** 10.10: Schulfunk: Scharnhorst. Ein Hörbild von Hans Kyser. 11.30: Zeitfunk. 12.00 ca: Neue Schallplatten: Unterhaltendes. 14.00: Von Berlin: **Konzert.** 15.00: Kinderstunde. 15.45: Georg Rendl: „Die Bienen-Kugel“. 16.00: Studienrat Dr. Usadel: Deutscher Geist auf Deutschlands höheren Schulen. 16.30: Von Hamburg: **Konzert.** 17.10: Jugendstunde. 17.30: Dr. Hans Siegfried Weber: Mussolini und Nietzsche. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Lebende Tonsetzer. Werke von Alfred Bortz. 18.25: Zeitfunk. 18.40: Viertelstunde Funktechnik. 18.50: Wetter. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **„Die Schwäbische Alb“.** 20.00: Von Breslau: **Volkstümliches Konzert.** 21.00: Zeitfunk. 21.10: Von Breslau: **„Hab mein Wagen vollgeladen“.** 22.10: Tages- und Sportnachrichten. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Königsberg: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Berlin: Konzert. 10.00: Von Hamburg: Stapellauf des Schulschiffs der Reichsmarine „Ersatz Niobe“. 11.30 ca.: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 11.50: Von Leipzig: Konzert. 13.05 ca.: Schöne Stimmen (Schallplatten). 14.05: Chöre und Orchestersätze aus Richard Wagners Opern (Schallplatten). 15.40: Das Buch des Tages. 16.30: Flötenkonzert. 17.20 ca.: Klaviermusik von Johannes Brahms. 18.00: Arnold Mendelssohn zum Gedächtnis. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **Die Schwäbische Alb.** 20.00: **Volkstümliches Konzert** der Funkkapelle. 21.10: **Hab' mein Wagen vollgeladen.** Heiteres Hörspiel nach alten deutschen Motiven von Otto Thiemer. Tonsätze von Friedrich Wirth. 22.50—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Konzert (Schallplatten). 11.05: Landfrauenfunk. 11.30: Von Leipzig: Konzert. 13.05: Schallplaten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Lehrerstunde. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.45: Bridge-Unterricht. 18.25: Volksgesundheitspflege. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **Die Schäbische Alb.** 20.10: **Porträts der Lebenden: Hans Pfitzner.** 21.25: Autorenstunde. 22.00: Nachrichten des Drahtlosen Dienstes. Anschl. bis 24.00: Nachtkonzert.

Leipzig.

06.35—08.15: Von Berlin: Konzert. 10.10: Schulfunk. 12.00: Konzert. 16.00: Für die Jugend. 17.10: Der deutsche Volkstanz. 18.00: Das gute Buch. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **Die Schwäbische Alb.** 20.00: Von Breslau: **Volkstümliches Konzert.** 21.20: Zeitfunk. Von Hamburg: Stapellauf des Schulschiffes der Reichsmarine „Ersatz Niobe“ (Aufnahme). 22.05: Nachrichtendienst. Anschl. bis 23.30: Zum Gedächtnis an Sigfrid Karg-Elert (gest. 9. 4. 33). Dresdner Philharm.

Warschau.

12.15: **Konzert. Polnische Musik.** 14.20: **Volkstümliche Musik.** 15.00: Volkstümliche Musik. 16.25: Schallplatten. 17.00: Violin-Vortrag. Frau Uminska. Am Flügel: Urstein. 18.00: Leichte Musik. 20.00: **Konzert. Polnische Musik.** Das verstärkte Funkorch. Dir.: Fitelberg. Solistin: Zmigrod-Fedyszczkowska, Sängerin. Am Flügel: Urstein. 22.00: Von Kattowitz: **Tanzmusik.**

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 1. Mai 1933.

Krakau — 2,98, Zawichost + 0,87, Warschau + 0,85, Plock + 0,71, Thorn + 0,72, Fordon + 0,75, Culm + 0,66, Graudenz + 0,85, Kurzebrak + 0,98, Pieckel + 0,22, Dirschau + 0,13, Einlage + 2,20, Schiewenhorst + 2,40.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 100.

Statt Karten.

Als Verlobte grüßen:

Hildegard Schmautz
Adolf Arndt

April 1933 3875

Trzebiełuch — Neu Loewenberg (Brandenburg).

Hausschneiderin empfiehlt sich, 1,50 tägl. **ul. Sienkiewicza 22, 1 r.** 1832

Uebernehme zum Verlegen Parkettfußböden, größere und kleinere Posten sowie **Reinigen** auch lege alte Böden um zu den billigsten Preisen. 1847 **W. Behnke**, Kościuszki 23.

Kinderwagen 3886 neueste Modelle, billigste Preise, **Długa 5.**

Damenkleider, eleg., eigen, fertigt an **Michejeff**, Pomorska 54. 1743

Tischler (Deutscher) (arbeitslos) bittet um jede Tischlerarbeit. 1845 Zuschriften bitte Herrn **Rapp, Ks. Skorupki 22**

✝

R. i. p.

Heute nachmittag 4½ Uhr nahm der Herr über Leben und Tod unser herzliebes Mütterlein, unsere unvergeßliche Schwiegermutter und Großmutter

Frau

Maria Kaluschke

im Alter von 76 Jahren zu sich in die Ewigkeit.

Möge Gott selbst ihr der überaus reiche Lohn sein!

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Alois Kaluschke, Praebendar.

Bydgoszcz, den 29. April 1933.

Die Ueberführung vom Trauerhause, Farna 2, nach der Jesuitenkirche erfolgt am Mittwoch nachmittag um 5 Uhr.

Die Trauerfeier findet Donnerstag vormittag 9.30 Uhr statt, im Anschluß daran die Beisetzung. 3890

Merinofleischwollschaf
Stammschäferei
Dobrzyniewo p. Wyrzysk, Stat. Osiek



Anerkannt durch Wielkop. Izba Rolnicza POZNAŃ

Bei Barzahlung **10%**

Auf allen Ausstellungen stets hohe und höchste Preise.

1932 für Wolle **Goldene Medaille**

Taxpreise von 150 bis 200 Złoty.

Auktion am Donnerstag, dem 4. Mai 1933 — 13 Uhr cr.

Züchter: Herr Schäfereidirektor **Witold v. Alkiewicz** in **Poznań**, ulica Patr. Jackowskiego 31. — Telefon 6869.

Gleichzeitig: **Verkauf** von **Jungeber und Sauen**, Edelschwein, anerkannte Zucht.

Wagen und Auto auf vorherige Anmeldung in Osiek und Szamocin. Autobus ab 12 Uhr von Osiek bis Dobrzyniewo. 3606

E. Kujath-Dobbertin in Dobrzyniewo, p. Wyrzysk.

Vom **1. Mai 1933** ab befindet sich mein

En gros- und Detail-Fahrradgeschäft
ulica Długa Nr. 54.
Otto Rosenkranz. 3663



Hauptbücher
Kontokorrentbücher
Kassabücher
Kladden
Amer. Journale
mit 8, 12 und 16 Konten
Loseblatt-Kontobücher
Registerbücher

Extra-Anfertigung von Kontobüchern
jeder Art schnell, sauber und preiswert

A. Dittmann T. z o. p.
Tel. 61. Bydgoszcz, Marszałka-Focha 6.

Bydgoszcz, Tel. 18—01

Dr. v. Behrens bearbeitet allerlei Verträge, Testamente, Erbsch. Auflassungen, Hypothekenlöschung., Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 5 beim Schlachthaus.

Damenhüte 1737 Gelegenheitsk., sehr bill. **Wein. Rynek 12, Wg. 9.** Tüchtiger 1777

Kurgäste aufs Land nehme auch in diesem Jahre auf. Volle, gute Pension 4,00 Zł. tägl. Herrliche Naturgegd., viel Wald und See, Bahnstat. ca. 3 km v. Orte. 3832 **Pensionat Rompkowski, Ocypel, p. Starogard.**

Kanthölzer, Balken und Bretter 3421 zu Neubauten **sow. auch komplett fertige Bauten** wie **Wohnhäuser, Ställe und Scheunen** liefert billigst u. schnell **Fa. W. Sonnenberg** Dampfsägewerk und Baugeschäft **Nowawieś wielka powiat Bydgoszcz.**

Heirat

Ausländerinnen reiche, viel. vermögende deutsch. Damen wünsch. glückl. **Heirat.** Ausk. kostenl. überzeugt Herrn auch ohne Vermögen. Vorschläge an Damen sofort. **Stabrey, Berlin,** Stolpischestr. 48. 3375

Gebild. Mädel vom Lande sucht, da keine andere Möglichkeit des Kennenlernens geboten, auf diesem Wege **Lebenskameraden** Suchende legt großen Wert auf großzügigen, herzensgut. Charakter und zeitgemäß gesich. Existenz. Zuschriften unter **B. 3810** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Gärtner-Lehrling stellt ein **Schauer, Bydgoszcz-Czyżkówko,** Wyrzyska 8. 3836

Suche zum 1. Juli od. früher für die Bewirtschaftung meines 1000 Morgen großen Gutes **unverheirateten 1. Beamten** der in d. Lage ist, d. Betrieb absolut selbständ. zu leiten u. d. entsprech. Befähig. durch Zeugnisse u. Empfehlungen nachweisen kann. 3826 Frau **Wilhelm, Osówko, p. Szonowo szl.,** pow. Grudziądz.

Hof- und Speicherverwalter **gesucht** mit folgendem Befähigungsnachweis: Evang., poln. Sprache und Schrift, 3jähriger **Lehrlingsnachweis** mit Abschlußprüfung bei Welage od. Landbund, Lehrkursus in landw. Buchführung bei Labor oder erfolgreicher Besuch landw. Winterschule.—Bewerbungen, welche diesen Bedingungen nicht entsprechen, sind zwecklos. Beweb. unt. **M. 3876** a. d. Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erb.

Köchin oder Stütze die gut kochen kann, mit gut. Zeugniss., für Restaur. von gleich gesucht. Deutsche Spr. Beding. Angeb. m. Geh.-Anspr. an **J. Wichert,** Restaur. „Stara Bydgoszcz", **Grodzka 14/16.** 3891

Suche von sofort oder später **ältere Köchin** für Gutshaushalt, die sich durch gute Zeugnisse in Kochen, Backen u. Federviehzucht ausweisen kann. 3883 **Anna Grabowski** geb. Fischer **Kulice/Pelplin.**

2 junge Mädchen als **Wirtschaftslehrlinge** von sofort gesucht. Dieselben müssen sämtliche Arbeiten eines ländl. Haushalts verrichten. Taschengeld wird gewährt. 3879 Frau **M. Goertz. Niem. Stwolno** p. Sartowice.

Dauernde u. leichte Beschäftigung findet eine Dame, welche 2000 zł für kurze Zeit und gegen gute Sicherheit leihen kann. Gefl. Offert. unt. **H. 1849** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Stellengesuche

Suchen zum 1. Juli 33 **Stellung** für einen jüngeren, gebildeten **Beamten** auf kleinerem Gut unter direkt. Leitg. des Chefs. **Landwirtschaftlicher Verein Kujawien Inowrocław,** 3798 ul. Marsz. Piłsudskiego.

Energischer, strebsamer **Landwirt, sucht** ab sofort oder später **Stellung** als selbst. **Guts-Verwalter** mit eigenem Haushalt, w. Verheiratung mögl., (jedoch nicht Beding.). Bin 34 J. alt, poln. Staatsbürger, poln. Sprache in Wort und Schrift, langj. Praxis auf groß. intensiv bewirtschafteten Gütern. Gute Zeugnisse 2c. zur Seite. Kaution kann gestellt werden. Gefl. Angebote unt. **B. 3786** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Förster mit staatlich. Ausbildg. u. Praxis, Förstersohn, gute Referenzen, **sucht** von sofort oder später **Stellung.** Gefl. Off. u. **L. 3874** a. d. Geschst. d. Z.

Stelle als Verwalter sucht Molkereifachm. bei bescheid. Ansprüch. v. sof. od. spät., 13 J. im Fach, 32 J. alt, evgl. Konfess., verh., kinderlos, beh. die poln. Sprache i. Wort u. Schr., m. all. Facharbeit. u. Buchfhr. vertr., erstkl. Zeugn., Kaut. vorh. Off. u. **Z. 1809** a. d. Gschst. d. Z.

Aelter., erfahren., altpreußischer **Handwerker** gelernt. Huf- u. Waffenschmied, der mit sämtl. Schmiede- u. Schlosserarbeit., sowie auch mit Behandlg. u. Reparat. v. Maschin. u. Motoren vertraut ist, **sucht** sofort od. spät. **Stellung.** Off. u. **B. 1818** a. d. Geschst. d. Z.

Strebsamer **Sattler- und Tapeziergehilfe** 3887 24 J. alt, sucht Stellung, evt. zur Weiterausbildung in ein. Lackiererei. Gefl. Zuschrift. erbittet **Hans Wolf** **Klęka,** pow. Jarocin, p. Nowemiasto n/W.

Lyzeallehrerin Pfarrerstochter, musik., mit Schulpraxis, **sucht Hauslehrerinnenstelle.** **F. Mühlenbeck,** p. Adr. Frau **Marg. Bigalke, Pęperzyn,** p. Więcbork, pow. Sępólno. 3885

Friseuse u. Manikure sucht Stellung v. 15. 5. cr. evtl. spät. Off. u. **Nr. 193** an **Helene Röder, Grudziądz, Wybickiego 2** 3815

Jung. Mädchen 21 J., das schon im Büro tätig gewes. ist, **sucht** v. sof. od. spät. **Stellung.** Poln. Sprachkenntnisse sow. gute Zeugn. vorh. Offerten unter **J. 1786** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jung., gebild. Fräul., Landwirtstocht., 23 J., **sucht** von sofort oder 15. Mai Stellung bei alleinsteh. Herrn oder Dame als **Wirtschaftsfräulein.** Kenntnisse i. Nähen und Kochen. Zeugnis vorhd. Gefl. Zuschr. u. **Z. 3800** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Fräulein 28 Jahre alt, **sucht** im besseren Haushalt **Stellg. als Wirtin** bei bescheid. Ansprüch. Gute Zeugn. vorhand. Gefl. Off. unt. **P. 3889** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Mädel aus besseren Verhältn., d. jedoch selbst Hand anlegt, sehr tüchtig, bescheiden, spr. gut poln., **sucht Wirtschaftsstelle.** Offerten unter **U. 1802** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Mädchen aus bess. Verhältn., z. selbständ. Handeln fähig u. tücht., dabei bescheiden, **sucht Wirtschaftsstelle.** Off. u. **U. 1802** a. d. Geschst. d. Z.

Anst. Mädchen, evgl., kinderl., 20 J., mit gut. Zeugn., **sucht Stellung** im Haush. Anfrag. an **Kohnert,** Sniadeckich Nr. 27, W. 3. 1824

19-jähr. Mädchen v. Lande, m. gut. Zeugnissen, **sucht** v. 15. Mai **Stellung** als **Haus- oder Kindermädchen.** Angebote unt. **N. 3878** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

2 evang. Mädchen aus anständ. Familie **suchen** zum 15. 5. **Stellg.** als **Hausm.** u. **Kochl.** auf Gut oder Stadt. Kochl. etw. Taschengeld erbeten. Gefl. Offerten unter **J. 3858** an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Ehrliches Mädel sucht **Aufwartestelle.** Off. u. **O. 1795** a. d. Gschst. d. Z.

An- u. Verkäufe

Spiegelkarpfen 30-50 Stck. pro kg, händigt jed. Freitag a. vorh. Bestellg. aus **Fritsche, Toruń,** Chełmińska 10. 3962

Gut bei sofortiger Auszahlung in Größe ca. 800-1000 Mg., nur guter Boden, **zu kaufen gesucht.** Off. unter **G. 3837** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Mit 12—15000 zł in bar suche von sogleich **Landwirtschaft** zu **kaufen** oder zu **pachten.** Guter Boden und Gebäude. Offert. unter **C. 3820** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Zinshäuser Wassermühlen, Landwirtschaften i. jed. Größe günstig zu verk. **Małek, Dworcowa 46,** Tel. 1183.

Verkaufe 30 Morgen **Privatgrundstück** 7 km von Bydgoszcz, an Chaussee geleg. **Lach, Osielsko, pow. Bydgoszcz** 1852

Wegen Erbschaftsregulierung sof. zu verkauf. 2 Häuser mit Vorgarten u. Obstgarten, 4 Morg. Land, bei Bydgoszcz. Preis nach Vereinbarung in bar. Besichtig. u. Meldung bei **Gehrmann, Bydg. 5, Witebska 42.** 2980

Grundstück 80 Morg., gut. Boden mit Torfwiese in der Nähe von Bydgoszcz, billig zu verk. **Besitzer Dombrowski, Bielicka 11**

Schönes **Hausgrundstück** mit großen Stallung. 2 Morg. Land u. Obstgarten, in Kreisstadt gelegen, sof. **zu verkaufen.** Off. u. **K. 3859** a. d. G. d. Z.

Verkaufe mein **Grundstück** 30½ Morg., alles kleefähig. Boden, zur Hälfte Wiese. Gebäude massiv, Invent. reichlich vorh. Nähe Bydgoszcz. Off. u. **A. 1810** a. d. Geschst. d. Z.

Mühle von sofort **zu kaufen** od. **pachten gesucht.** Off. unt. **C. 1820** a. d. Geschst. d. Z.

Hochtragende Kuh zu verk. **Fordońska 55.** 1826

Jährlingsböcke Merino précoce gibt ab zu zeitgemäßen Preisen 3880 **Goertz, Gorzechówko** (Hochheim) bei Jabłonowo.

Kaufe **jungen Stubenhund** Off. unter **F. 1829** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Klubsessel 1858 neu, für halben Preis verk. **Gamma 5,** Wg. 1.

Lokomobile nominell 8 PS., gegen Kassa **z. kaufen gesucht** Vorbedingung einwandfr. Kesselpapiere. Angebote mit Angabe d. äußerst. Preises unt. **H. 3844** a. d. Geschst. d. Z.

1 bis 2 **Senfmahlgänge** Fabr. J. & G. od. Crone, zu kaufen gesucht. Off. unter 5177 a. d. Ann.-Exp. **Kosmos, Poznań,** Zwierzyniecka 6. 3854

Lagerkisten m. Zinkeinsatz, ungef. 100×80×55 cm, auch als Pelzkisten geeignet, 3766

Standfässer a. Hartpap., z. Lagerg. trock. Material., gibt ab **Gustav Weese, Toruń-Mokre,** Żółkowskiego 34.

Erwerbs- und Jagdgut Nähe **Stettin,** 800 Morgen, landschaftlich und wirtschaftlich hervorragend gelegen, mit sehr gutem Wiesenverhältnis und abwechslungsreicher Fischerei und Jagd, auch Rotwild, **zu verkaufen.** Anfragen unter **D. 3822** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Erbitte Offerten in **„Rosafolia"- u. „Wagner"-anerkannte Saatkartoffeln.** Gleichzeitig zur gefl. Kenntnis, daß ich nach der **ul. Gdańska 16** umgezogen bin. Tel. 2181. **Julius Hahn,** Tel. 2181. **Getreide-Kartoffel-Handlung.** 3888

Saatkartoffeln „Erdgold" 1. Absaat
Schafböcke zur Zucht Merino-précoce verkauft, solange Vorrat 3720 **Dom. Lachmirowice, p. Włostowo.** Tel. Kruszwica 27.

Fichtenpflanzen 3569 1—3jähr. Sämlinge, 2—4 jähr. verschult, Rotbuchen, amer. Roteichen, Trauben- und Stieleichen, Akazien **gesund und stark noch abzugeben.** **v. Blücher'sche Forstverwaltung** Ostrowite, pod Jabłonowem (Pom.)

Zirka 20000 Spargelpflanzen Braunschweiger Riesen
1jährig 100 Stck. 3 zł, 2jährig 100 Stck. 4 zł
6000 Mahonien, 3jähr. Sträucher, 100 Stck. 10 zł
2000 Thuja pyramidalis, 4jähr., 100 Stck. 40 zł
600 „ ocientalis, bis sehr stark, von 1—15 zł
4000 Buxus aborea, Pyramiden, von 3—5 zł
30000 Stiefmütterchen, alle Farben, Stck. 5 Gr.
Gartenprimel und Aurikel, Nelken, Bellis, Vergißmeinnicht . . . . Stck. 8 Groschen
Winterharte Bumenstauden in 25—30 prima Schnittsorten . . . . . Stck. 15 Groschen
offeriert in starker Ware 3627
Fr. Hartmann, Oborniki (Wielkp.)

Folgende **Stab-Eisen** billig abzugeben:
Winkeleisen 60×60×8 mm
„ 80×80×10 mm
„ 100×100×12 mm
Rundeisen 18-29-38-45-50 mm
Rundstahl 22 mm — **schw. Stacheldraht**
gebr. Bleche 6 mm
3852 **Nachemstein, Toruń,** Tel. 519.

Amboß u. Westfälischer Herd zu kaufen gesucht. 1817 **ul. Grunwaldzka 16.**

Div. Pflüge verkauft **Gustav Weese, Toruń-Mokre,** Żółkowskiego 34. 3767

Saatkartoffeln „Modrows Preußen", anerk. 1. Absaat, abzugeben waggonweise 2.— Zł. fr. hier. 3554 **Gutsverwaltung Laskowice, Pom.**

Industrie-Speisekartoffeln von 2 Zoll aufwärts. Bemusterte Preisoffert. franko Waggon Toruń erbittet: „TRANZYT" w Toruniu, Przedzamcze 20 — Tel. 242. 3711

Modell **„Franckensteins Staudenauslese"** ausverkauft. 3882 **Dom. Księżydwór** p. Działdowo (Pom.)

3 Staken Heu 1848 verk. bill. **Oskar Krüger, Brzoza, Mochelkenberg.**

Weizenstroh Gerststroh Wick- u. Erbsstroh habe waggonweise abzugeben. Anfr. unt. **O. 3884** a. d. Geschst. d. Ztg.

Wohnungen

5-Zimmer- und 7-Zimm.-Wohnung in uns. Hause **Gdańska 51** zu vermieten. Besichtig. nach vorherig. Anmeldung beim Portier. 3872 **Bracia Ramme, Grunwaldzka 24.** Tel. 79

Sonnige **5-Zimmer-Wohng.** m. all. Zub. in best. Lage z. verm. Off. u. **J. 1857** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche 3 Zimm.-Wg. z. 1. 6. od. sp., mögl. Zentr. Miete ½ J. voraus. Off. u. **C. 1766** a. d. Gst. d. Ztg.

Wohn., 1 Zimm. und Küche, gegen Jahresm. z. verm. 1850 **Bydgoszcz, ul. Orla 16.**

Möbl. Zimmer

2 gut möbl. Zimmer an bess. Herren sofort od. v. 15. Mai zu verm. Telefon und Fahrstuhl. Aussicht Pl. Wolności. 1856 **Gdańska 27,** W. 12.

2 Zimm. m. Küchenben. od. Zimm. (a. einzeln) abzugeben **Marcinkowskiego 3,** Wohnung 10 9—11, 4—7 Uhr. 1746

Eleg. möbl. Zimmer v. sof. od. ab 1. 5. z. verm. **3 Maja 12,** part. r. 1420

Kl. Zimmer evtl. m. Pension billig zu verm. 1854 **Gdańska 17,** II.

Möbliert. Zimmer zu verm. **Hetmańska 20,** 2 Tr. rechts. **Fibich.** 1820

Möbl. Zimmer z. hab. 1855 **Pomorska 3,** W. 4.

Schlafstelle sucht eine Frau (42 J.) bei einer ält. deutschen Dame. Off. unt. **G. 1837** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pachtungen

Gut eingeführte **Bäckerei** zu verpachten. Erforderlich 6000 zł. **Braun, Podgórz-Toruń,** Parkowa 15. 3813

Eine durch Unglück verarmte deutsche Familie sucht die 383 **Bewirtschaftung** eines **Landgrundstücks** sofort zu übernehmen evtl. **Hofstelle** oder **dergleichen. Ferdinand Feldt, Gołub,** Pomorze, Brodnicka Szosa 9 (Strasburg. Chauss. 9).

Evangl. Erziehungs-Verein Poznań.
Generalversammlg. im Saale des Evangl. Vereins jung. Männer in Poznań am **Dienstag, d. 9. Mai,** mittags 12 Uhr: 1. Jahresbericht, 2. Rechnungslegung, 3. Etat. 3715 **Der Vorstand.**

Deutsche Bühne Bydgoszcz T. z. **Mittwoch, 3. Mai 1933** abends **8** Uhr **Zum vorletzten Male: Konflikt** Schauspiel in 7 Bildern von Max Alsberg. Eintrittskarten wie üblich. 3787 **Schluß der Spielzeit** Sonntag, d. 7. Mai 1933. **Die Leitung.**

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 100.

Bromberg, Dienstag den 2. Mai 1933.

Pommerellen.

1. Mai.

Ein völliges Fiasko.

Aus Graudenz wird uns berichtet:

Bisher waren wir in Graudenz von dem famosen Lodzer „Deutschen" Kultur- und Wirtschaftsbung verschont geblieben. Jetzt aber hatte man die Zeit für gekommen erachtet, auch uns mit den Segnungen dieses pseudodeutschen Bundes zu beglücken. Mit maschinenschriftlichen Einladungen, an die ein „Richtlinien des Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes" überschriebenes, in einer Schwetzer polnischen Druckerei hergestelltes Reklameblatt geheftet war, war die Propaganda besorgt worden. Man hatte dieses Werbematerial in dem allgemeine, „volksbeglückende" Wendungen ohne so eigentlich klar ersichtliche Tendenz, wohin die Reise gehen soll, enthalten waren, einer Anzahl von Bürgern deutschen Volkstums durch einen Boten zustellen lassen. An Personen also, bei denen offenbar irgendwelche Sympathie für die „deutschen" Bestrebungen des Bundes vermutet wurde. Im Jagdzimmer des „Goldenen Löwen" sollte das große Werk der „Gründung einer Ortsgruppe" vor sich gehen. Als zur festgesetzten Zeit — 11 Uhr — ein Dutzend Leute versammelt waren, der Dinge wartend, die da kommen sollten, verging noch einige Zeit — dann erschienen im Lokal vier Personen, ein Fremder und drei hiesige Einwohner. Sie blickten, gewiß nicht erfreut, auf die ihrer Harrenden, in denen die Graudenzer Sympathiker des Bundes (so heißt das moderne, dem Polnischen entnommene Lehnwort, das hier am Platze ist!) von vornherein gerade keine Gesinnungsfreunde zu erschauen vermochten.

Die Sache konnte dann auch beginnen. Am Vorstandstische nahm der Fremde, wie sich erwies, der unseren Lesern nicht nur dem Namen nach bekannte Herr Gebauer aus Lodz, Platz. Mit ihm teilte sich die Ehre der Agent Jaeger, während die anderen beiden sich „bescheiden" in die Reihe der Versammlungsteilnehmer setzten.

Der sich als Generalsekretär des in Rede stehenden Bundes bezeichnende Herr Gebauer begann nun seinen Speech, in dem er die Vorzüge seiner Organisation den staunenden Hörern mundgerecht machen wollte. Man hörte viel von Verständigungspolitik, die getrieben werden müsse, vernahm die bekannte Hetze gegen einige Vertreter der deutschen Minderheit; man wurde auch — o Herr Gebauer ist ein großer Diplomat! — dahin belehrt, daß die deutsche Minderheit an sich nicht verkehrt handle, wohl aber ihre Führer. Man erzählte von allerhand Erfolgen, die der Bund, besonders in der Schulpolitik, erreicht haben will. All dies und noch viel mehr könne der Bund natürlich bedeutend besser machen, weil er Vertrauen habe usw.

Allzu lange brauchte sich der Referent freilich nicht zu bemühen; denn es setzte, noch lange vor Beendigung seiner Ausführungen, spontan eine Diskussion ein. Ein Angehöriger des vierblätterigen Bundeskleeblattes, der uns allen ja aus seiner löblichen Wirksamkeit angenehmst bekannte Oberlehrer i. R. Dr. Jakob, gegen dessen Anwesenheit erklärlicherweise berechtigtste Worte des Unwillens fielen, hielt es für das Geratenste, schon lange vor Schluß dieser eigenartigen Gründungsversammlung den ungastlichen Ort zu verlassen. In dem teilweise recht angeregten Hin und Her hielt besonders ein deutscher Stadtverordneter dem auf verlorenen Posten ausharrenden Referenten vor, daß wir Deutsche in Pommerellen der Wahrnehmung unserer Interessen durch eine solche Organisation, wie es der „Deutsche" Kultur- und Wirtschaftsbund ist, durchaus entraten wollen. Daß wir polnische Staatsbürger deutschen Volkstums dem Staat gegenüber in jeder Hinsicht, sei es in der Militärpflicht unserer Söhne, sei es in der Steuerentrichtung, oder sei es in bezug auf die Loyalität unseres staatsbürgerlichen Verhaltens überhaupt, unsere volle Schuldigkeit tun, das wurde dem arg in die Enge gedrängten Herrn Gebauer in nicht mißzuverstehenden Worten zu Gehör gebracht. Seine Arbeit, hier für seinen edlen Bund Gleichgesinnte zu fischen, sei völlig vergeblich. Er könne sich in Zukunft derartige Bemühungen gern ersparen. Herr Gebauer, (der übrigens in Graudenz früher schon, wenn auch nicht als Agitator für eine heikle Sache, so doch als ehrsamer Schriftsetzergehilfe kürzere Zeit tätig gewesen ist) aber schien sich nicht so leicht überzeugen zu lassen. Immer wieder suchte er die hageldicht auf ihn niedersausenden Debattepfeile zu parieren und erklärte, nun erst recht nicht von einer weiteren Werbung auf pommerellischem Boden absehen zu wollen.

Noch einiges Charakteristische: Als Herr Gebauer gefragt wurde, was denn die Wendung auf der Einladung: „Lassen Sie sich nicht durch die „Deutsche Rundschau" irreführen" zu bedeuten habe, wußte er keine passende Erwiderung. Da sprang sein Sekundant Jaeger ein mit der Bemerkung, das habe in unsachlicher (!) Berichterstattung der „Deutschen Rundschau" über Versammlungen des Bundes seine Ursache. (Und dabei hat sich, wie hierzu bemerkt sei, die „Deutsche Rundschau" so äußerst selten und ersichtlich höchst ungern mit dem feinen Bunde und seiner Tätigkeit befaßt. Man schlägt sich doch nur höchst widerstrebend mit solcher Gegnerschaft herum!) Da Herr Gebauer in seinen Bemerkungen immer wieder betonte, es sei doch geraten, versöhnlich und maßvoll zu kämpfen, da wurde ihm mit vollstem Recht die unverschämte verleumderische Art vorgehalten, mit der dieser „Volksbote" fast Nummer für Nummer die bewährten Führer des westpolnischen Deutschtums in gröbster Weise angegriffen hat.

Die „Aussprache" zog sich so noch eine Weile hin; der Referent versuchte vergeblich, seine fatale Position zu halten. Mit einer Ortsgruppen-Gründung war es nichts, und so nahm denn nach etwa anderthalbstündiger Dauer die „Versammlung" ein Ende, wie es sich ihre Einberufer nicht geträumt hatten. Sie ging so aus, wie es den Danielewski-Erben gebührt: ergebnislos! Er hat in Graudenz keine Dummen gefunden.

*

Aus Thorn wird uns gemeldet:

Den Danielewski-Erben Gebauer und Genossen ist es nach langwierigen Bemühungen endlich gelungen, in Thorn eine Ortsgruppe zu bilden, die angeblich fünf (!) „Deutsche" (!) als Mitglieder aufweist. Präses **dieser Ortsgruppe ist ein bei den Deutschen ganz unbekannter** Herr Kit, der gebürtiger Esthe sein soll und bei der Kasa Chorych (Krankenkasse) in Thorn als unterer Angestellter tätig ist.

Der dieser Ortsgruppe angehörende Herr Nieman, Schulleiter der hiesigen Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache, unseren Lesern ja kein Unbekannter mehr, veranstaltet weiter fortgesetzt Versammlungen (zuletzt wieder am 26. ds. Mts.), obwohl beim Magistrat Beschwerde darüber geführt wurde, daß Schulräume zu derartigen Versammlungen benutzt werden. Diese Beschwerda hat der Magistrat an die Schulbehörde mit der Bitte um Aufklärung weitergeleitet.

Die Einladungen zu diesen Versammlungen werden durch Herrn Nieman in Dienstumschlägen versandt und auch an Leute, die gar keine oder schon erwachsene Kinder besitzen und nicht die geringste Beziehung zu diesem famosen Leiter einer staatlichen deutschen Schule haben. Herr Nieman ist nach seinen eigenen Worten weder Deutscher noch Pole. Er ist also ebenso wie sein Präses Kit ein würdiger Vertreter des Danielewski-Bundes!

Graudenz (Grudziądz).

× **Militärische Pferdeversteigerung.** Wie der Quartiermeister des Zentrums der kavalleristischen Ausbildung bekanntgibt, werden am 5. Mai d. J., morgens 8 Uhr, in der General Hallera-Kaserne, Kuntersteinerstraße (ul. Bema), 61 Stück ausrangierte Militärpferde versteigert. *

t **Wochenmarktbericht.** Verkehr und Beschickung wies der Sonnabend-Wochenmarkt zur Genüge auf. Butter kostete 1,30—1,40, Eier 0,85—0,90, Weißkäse 0,10—0,50; Äpfel 0,80—1,20, vier Zitronen 0,50, Apfelsinen 0,45—0,80, Backpflaumen 0,70—1,00, Salat, Radieschen 0,10—0,15, Rhabarber 0,35—0,40, Spinat 0,25—0,30, grüne Treibhausgurken 0,80—1,20, Mohrrüben 0,15, Wruken, Rote Rüben und Grünzeug je 0,10, Zwiebeln 0,15—0,20, ein Bündchen frische Zwiebeln 0,15—0,20, Saatzwiebeln 1,00, Saatkartoffeln 3,00, Eßkartoffeln 2,20—2,30, das Pfund 0,03, weiße Bohnen 0,20—0,25, Kocherbsen 0,15—0,30, Rotkohl 0,25—0,30, Weißkohl 0,15 bis 0,20. Man zahlte ferner für alte Hühner 2,50—3,50, Puten 5—8,00, Enten 2,60—4,00, Tauben das Paar 1,20—1,30. Der Fischmarkt brachte große Aale zu 1,80, kleine 1,10, Silberlachs 1,50, Zander 1,50, Schleie und Hechte 1,00, Wels 1,20, Aalquappen 0,80—0,90, Kaulbarsche 0,50, Weißfische 0,40 bis 0,80, Krebse die Mandel 0,75. Der nächste Wochenmarkt findet, worauf noch besonders aufmerksam gemacht sei, des nationalfeiertages halber am Dienstag, dem 2. Mai, statt. *

× **Wieder eine Verhaftung eines städtischen Kassenangestellten.** Auf Anordnung des Untersuchungsrichters wurde am Freitag der Angestellte der Stadtsparkasse namens Dąbrowski festgenommen. Ihm wird Beteiligung an den in den Vorjahren in diesem Kasseninstitut vorgekommenen Veruntreuungen zum Vorwurf gemacht. Der Arretierte wurde ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. *

× **Folgen kindlichen Leichtsinns.** An einen fahrenden Autobus hängte sich am Freitag der 12jährige Knabe Franciszek Urbański, Oberbergstraße (Nadgórna. 42. Dabei stürzte er plötzlich aufs Straßenpflaster hinab und zog sich nicht unerhebliche Verletzungen zu. Der Knabe mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden. Der Fall möge zur Warnung dienen. *

× **Der Einbruch in die Goethe-Schule,** der in der Nacht zum 31. Januar d. J. verübt wurde, und bei dem die Täter eine Beute von ca. 1500 Złoty machten, gelangte am Freitag vor der Strafkammer zur Aburteilung. Angeklagt als Täter waren Anton Maciejewski und Jan Piotrowski. Ersterer bestritt die Teilnahme am Einbruch und will nur auf Ersuchen des Piotrowski sich mit dem Verkauf des Gestohlenen befaßt haben. Piotrowski trat dieser Behauptung entgegen. Er gab seine Schuld ohne weiteres zu und erklärte den Maciejewski für seinen Tatgenossen; dieser ist übrigens wegen Diebstahls schon fünfmal vorbestraft. Er wurde vom Gerichtshof mit drei Jahren Gefängnis belegt. Für seinen Kumpan Piotrowski lautete das Erkenntnis auf ein Jahr Gefängnis. *

× **Festgenommen** worden sind ein Dieb und ein Trunkenbold; bestohlen wurden: Czesław Szałecki, Markt (Rynek) 7, um einen Handwagen im Werte von 120 Złoty, sowie Anton Orłowski, Fleischermeister, Lindenstraße (Lipowa) 39, um Fleischwaren im Werte von 100 Złoty. *

* **Aus dem Landkreise Graudenz,** 29. April. Donnerstag besuchte der Bischof der ev. unierten Kirche, Generalsuperintendent D. Blau-Posen die Gemeinde Piasken (Piaski) und wohnte um 4 Uhr einem Festgottesdienst in der Kirche bei. Der Posaunenchor und die Jugend begrüßten den verehrten Gast bei seiner Ankunft vor dem Pfarrhause mit ihren Liedern. Das Gotteshaus war prächtig geschmückt, und der Gottesdienst mit Chorgesängen und Sologesang von Frl. Renate Hentzelt würdig ausgestaltet. Die Predigt hielt der Ortspfarrer Gürtler-Graudenz. Danach hielt Generalsuperintendent an die Gemeinde, die das Gotteshaus füllte eine Ansprache. Nach dem Nottesdienst fand eine Sitzung der kirchlichen Gemeindekörperschaften statt, in der Fragen, die das Gemeindeleben betreffen — die Muttersprache wurde besonders hervorgehoben — zur Besprechung kamen. Auch die Frauenhilfe hieß im Pfarrhause nach der Sitzung den hohen Gast willkommen. *

Thorn (Toruń).

Bombenflugzeuge über Thorn.

Die in der vergangenen Woche vom Stadtpräsidenten durch Maueranschläge für die nächsten Tage angekündigte Fliegerabwehrübung fand in den Abendstunden des Sonntags statt. Eine Überraschung gab es hierbei hinsichtlich des Termines nicht. Bereits vom frühen Morgen an deuteten die von dem Militär und der Polizei mitgeführten Gasmasken auf die Übung hin.

Die Übung, die um 9.10 Uhr begann und bis gegen 9.50 Uhr dauerte, unterschied sich von der vorjährigen dadurch, daß die hauptsächlichsten Straßen und Plätze diesmal mit Reizgasen angefüllt wurden, die einen Aufenthalt ohne Gasmaske unmöglich machten. So kam es denn auch, daß Personen, die wie im vorigen Jahre geglaubt hatten, die Übung zu allerlei Allotria benutzen zu können, mit tränenden Augen und hustend das Feld fluchtartig räumen und irgendwo Zuflucht suchen mußten. **

---

‡ **Von der Weichsel.** Um 5 Zentimeter gegen den Vortag gefallen, betrug der Wasserstand Sonnabend früh 0,73 Meter über Normal. — Die erste Holztrafte dieses Jahres ist am Freitag hier eingetroffen. **

t **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 16. bis 22. April gelangten auf dem Thorner Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 26 eheliche Geburten (je 13 Knaben und Mädchen), 8 uneheliche Geburten (fünf Knaben und 3 Mädchen) und 2 Totgeburten (je 1 Knabe und Mädchen), ferner 22 Todesfälle (je 11 männliche und weibliche Personen), darunter 7 Personen im Alter von über 60 Jahren und 7 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 3 Eheschließungen vollzogen. **

‡ **Eine Neuerung** hat das hiesige Finanzamt (Urząd Skarbowy) dieser Tage eingeführt. Während bisher ein Beamter die Quittungsformulare nach Vorlage des Zahlungsbefehls bzw. der eigenen Deklaration des Steuer-

zahlers ausschrieb ,erhalten von jetzt ab die Einzahlenden **grüne Postscheckformrlare,** die sie persönlich ausfüllen **und mit dem Zahlungsbefehl** usw. dem Beamten übergeben **müssen.** Dieser trägt die Zahlung in das betreffende Steuerbuch ein, gibt den Zahlungsbefehl usw. zurück und **reicht die Quittung weiter,** die nach den übrigen Formalitäten **an der Kasse aufgerufen wird. Der Vorteil dieser** Methode liegt in der schnelleren Abfertigung des Publikums, der Nachteil für viele darin, daß sie wohl Polnisch sprechen **aber** nur mangelhaft schreiben können. * *

t **Ein Boykott des Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny"**, der dieser Tage den Artikel „Die Wasserpolaken — ein Schandfleck Pommerellens" von Aleksander Schedlin-Czarliński gebracht hat, wurde von dem hiesigen polnischen Verein christlicher Kaufleute beschlossen. — Daneben wurde auch noch die bekannte Resolution des Westmarkenvereins in der Angelegenheit des Boykotts deutscher Waren verlesen und angenommen. * *

t **Die Rekrutenvereidigung** in der hiesigen Garnison fand am Freitag, getrennt nach den verschiedenen religiösen Bekenntnissen, statt. Die römisch-katholischen Soldaten wurden auf dem Platze neben der Garnisonkirche vereidigt. — Bei dem sich anschließenden Truppenvorbeimarsch stürzte ein Offizier auf dem unebenen Straßenpflaster hin, wobei er sich durch den gezogenen Säbel eine blutende Gesichtswunde zuzog. Ungeachtet des rinnenden Blutes führte er seine Abteilung weiter, um sich erst nachher zum Verbinden der nicht unerheblichen Verletzung in das Militärspital zu begeben. * *

t **Das Terrain an der städtischen Ausstellungshalle,** die ehemalige Schillerstraße, ist zwecks Vorbereitung der für die 700-Jahrfeier geplanten Maßnahmen für das Pu'likum gesperrt. Es wird erst wieder nach Beendigung der gesamten Feierlichkeiten und Ausstellungen freigegebne werden. * *

‡ **Die Feuerwehr** wurde Freitag nachmittag kurz nach 5 Uhr nach dem Hause Bismarckstraße (ul. Poniatowskiego) Nr. 1 gerufen. Hier war eine Büchse Bohnermasse durch die Unachtsamkeit eines Dienstmädchens, das ein brennendes Streichholz hineinfallen ließ, in Brand geraten. Die Flammen ergriffen den Fußboden und die holzbekleideten Wände, konnten aber durch ein paar Eimer Wasser schnell erstickt werden. * *

k **In einem unwürdigen Zustand** befindet sich auf der Culmer Vorstadt (Chełmińskie Przedmieście) neben der Evangelisationskapelle unweit des Bayerndenkmals **ein** sog. Schulgarten. Wenn nicht eine an dem Bretterzaun angebrachte Tafel darauf hinweisen würde, daß hier ein „Garten" ist, könnte man das Terrain für eine Müllabladestelle halten. Mit Ausnahme dieses an der Vorderfront befindlichen Bretterzaunes ist die weitere rund herum vorhanden gewesene Stacheldrahtumzäunung fast vollständig vernichtet. In diesem sog. Schulgarten selbst sieht man nur Gras, Steine, Papierfetzen usw. herumliegen. Er ist also vollständig verwildert und bietet ein trostloses Bild und dabei steht auf der Tafel mit der polnischen Bezeichnung „Schulgarten" noch, daß der Garten dem Schutze des Publikums empfohlen wird und mutwillige Beschädigungen einer polizeilichen Strafe unterliegen. — Die früher um das benachbarte Bayerndenkmal vorhanden gewesene Eisendrahtumzäunung ist auch verschwunden. Im Interesse des Denkmalschutzes werden die maßgebenden Stellen hierauf aufmerksam gemacht und ebenso auf den skandalösen Zustand des Schulgartens, damit die erforderlichen Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen werden. In ihrem jetzigen Jubeljahr anläßlich des 700-jährigen Bestehens muß die Stadt schmuck und sauber aussehen, damit sie der Kritik der vielen erwarteten Fremden standhalten kann. * *

t **Diebstahlschronik.** Die in Schloß Birglau (Zamek Bierzgłowski) hiesigen Kreises wohnhafte Frau Władysława Kamińska war zum Freitag-Wochenmarkt gekommen und hatte ihr Einspännerfuhrwerk auf dem Parkplatz für Marktfuhrwerke (ehem. Culmer Esplanade) an der Wallstraße (ul. Wały) für kurze Zeit unbeaufsichtigt allein gelassen. Als sie zurückkehrte, waren Pferd und Wagen spurlos verschwunden. — Aus dem Schaufenster der Frau Strzyk in der Baderstraße (ul. Łazienna), dessen Scheibe bereits geplatzt war, wurden Freitag nachts ein Paar Schuhe gestohlen. Der Täter, der anscheinend überrascht wurde, hatte noch ein zweites Paar mitgenommen, das er jedoch bei der Flucht verlor. — Im Hause Parkstraße (ul. Konopnickiej) 15 wurde ein Bodendiebstahl zum Schaden der Frau Halina Grudzielska verübt. — Einen Sprechapparat mit sechs Platten ließ ein unbekannter Täter aus der Wohnung von Franciszek Puchalski, Schulstraße (ul. Sienkiewicza) 19, mitgehen. — Dem in der Kirchhofstraße (Św. Jerzego) wohnhaften Ludwig Szymański wurden nächtlicherweise zwanzig Hühner aus dem Geflügelstall fortgeschafft. — Ein Paket mit Zigaretten im Werte von 36 Złoty wurde dem Stanisław Ziółkowski, Bergstraße (Podgórna) 38, von seinem Fuhrwerk gestohlen. — In der Nacht zum Freitag wurde sodann noch ein Einbruchsversuch in den Verkaufskiosk von Jan Wierzchowski, Ecke Bromberger- und Schulstraße (Bydgoska und Sienkiewicza) unternommen. Die Tät-r wurden gestört und konnten ohne Beute entkommen. * *

≠ **Neben sieben Diebstählen,** von denen zwei aufgeklärt werden konnten, und einer Unterschlagung verzeichnet der Polizeibericht vom Freitag noch sieben Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften. * *

100 jähriges Bestehen einer deutschen Buchhandlung.

u. **Strasburg** (Brodnica), 1. Mai. Die Strasburger Firma Hugo Fuhrich Nachf. Heinz Fuhrich, Buch- und Papierhandlung, Kopernikusstraße (fr. Zuckerstraße) 2, blickt am heutigen 1. Mai auf ein 100jähriges Bestehen zurück. Der Buchhändler C. A. Köhler gründete 1833 im Hause Zuckerstraße 2 eine Buchhandlung und Buchdruckerei, die später von Adolf Fuhrich übernommen und unter der Firma C. A. Köhlers Nachfolger Adolf Fuhrich weitergeführt wurde. Die hundertjährige Firma ist noch heute im Familienbesitz. Durch die Abtrennung Strasburgs von Deutschland mußte die Herausgabe der „Strasburger Zeitung" und des „Strasburger Kreisblatts", das im 76. Jahrgang erschien, eingestellt werden.

* **Culmsee** (Chełmża), 30. April. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum 28. April in die Bureauräume der Firma Landgenossenschaft in Culmsee von bisher noch nicht ermittelten Tätern verübt. Nachdem die Einbrecher vergeblich versucht hatten, das Schloß des Geldschrankes zu öffnen, brachen sie einen Teil der Seitenwand aus, um von hier aus in den Tresor zu gelangen, wo ungefähr 1500 Złoty untergebracht waren. Glücklicherweise haben die Täter sich jedoch geirrt und öffneten ein Nebenfach, woraus sie nur das Bargeld dem Stempel- und Portokasse im Höhe von 50 Złoty entwendeten. Der entstandene Sachschaden ist durch Versicherung vollauf gedeckt.

In derselben Nacht unternahmen anscheinend dieselben Täter einen Einbruch mittels Nachschlüssels in das Bureau der Gasanstalt. Sie erbrachen verschiedene Schubläden und Schränke, fanden aber nichts mitnehmenswert Erscheinendes. In beiden Fällen hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet.

tz **Konitz** (Chojnice), 28. April. Der Kaufmann Rosenthal in Kamin bemerkte seit einiger Zeit, daß er verschiedentlich bestohlen wurde. Jetzt gelang es ihm, die Täter in einem seiner Arbeiter und mehreren Helfern festzustellen.

Beim Fleischermeister Wruck in der Schützenstraße wurde von unbekannten Tätern, die wahrscheinlich auch wiedere unter dem Schmiergesindel zu suchen sind, eine Fensterscheibe zerschlagen. Diese fortgesetzte Tätigkeit feiger Burschen dürfte wohl allen Bürgern deutscher Nationalität endlich die Augen öffnen, daß es nun ihre Pflicht ist, die in ihrer Existenz bedrohten deutschen Handwerker und Kaufleute nach Kräften zu unterstützen. Nur gemeinsame, zielbewußte Arbeit kann dazu führen, daß die Drahtzieher merken, wie sie durch ihre lichtscheue Tätigkeit das gesamte Wirtschaftsleben schädigen.

y **Strasburg** (Brodnica), 30. April. In der Nacht zum Sonntag waren in unserer Stadt wiederum Schmierfinken an der Arbeit. Es wurden die Schaufenster deutscher Geschäfte wieder frisch mit Hakenkreuzen bemalt und deutsche Aufschriften beschmiert und Wände besudelt. Unter anderem wurde das Aushängeschild der Spar- und Darlehnskasse, welches nichts weiter als die gesetzlich verlangte Aufschrift trug, vollständig besudelt. Zu bemerken wäre hier noch, daß der Verein sich in keiner Weise einseitig betätigt, sondern daß im Vorstand und Aufsichtsrat sich ebenfalls Polen befinden. Die Kreditnehmer sind zwei Drittel polnischer Nationalität, und sogar polnische Beamte haben es nicht unter ihrer Würde gehalten, den Verein um Darlehnsgewährung anzugehen und zum Teil auch erhalten. Dagegen sind diejenigen, welche der Kasse ihr Geld anvertrauen, fast ausschließlich deutscher Nationalität.

Ich kämpfe grundsätzlich in mir gegen jede düstre Ansicht von der Zukunft. Bismarck.

Angriff und Verteidigung im Zukunftskriege

Nach Betrachtungen des französischen Generals Rouquerol.

Der Angreifer bezweckt, feindliches Gelände in Besitz zu nehmen. Wird er dazu seine Streitkräfte erst zusammenziehen? Er wird es nicht können, ohne seine Massen schon vor dem Kampf durch feindliche Flugzeuge dezimiert zu sehen. Man darf nämlich nie vergessen, daß der Luftkampf etwas Ungewisses ist, und daß die Überlegenheit in der Luft Versammlungen auf der Erde niemals vor plötzlichen Bombenangriffen zu schützen vermag. Die Wirksamkeit der Luftwaffe gegen Verteidigungsstellungen ist nicht zweifelhaft. Die Vorbereitung des Angriffs gehört künftig zu den Aufgaben der Flieger. Sie müssen das Angriffsziel vollständig lahmlegen, um das Vorgehen der Angriffstruppen ohne Gefährung durch feindliche Schnellfeuerwaffen oder Flugzeuge zu ermöglichen. Die Überraschung ist die wesentliche Vorbedingung einer solchen Operation. Wir werden sehen, wie sie durch die neuen Kampfmittel erreicht werden kann.

Die mechanischen Transportmittel ermöglichen, Truppen, die im Umkreis von 150 bis 300 Kilometer von der Angriffsfront verstreut liegen, binnen einer kurzen Nacht zu versammeln. Somit kann ein großer Angriff an einer abends vorher noch ruhigen Front mit Tagesanbruch entfesselt werden. Die Vorbereitung durch die Luftwaffe muß dem Angriff vorangehen. Sie muß sehr gründlich sein, muß beginnen, sobald die Sicht es erlaubt, und kurz dauern. Wenn alles in der geschilderten Weise verläuft, so wird die Verteidigung außerstande sein, sich zur Geltung zu bringen.

Der Luftangriff kann gewaltig sein. Er kann den Verteidiger rasch unschädlich machen. Diese Wirkung ist aber nur von kurzer Dauer. Die Besetzung des Angriffszieles durch Landtruppen muß erfolgen, sobald die Gefahr, von eigenen Fliegerbomben getroffen zu werden, vorüber ist. Luft- und Landangriff müssen vollständig zusammenstimmen. Man denkt dabei unwillkürlich an die bekannte Feuerwalze der großen Angriffe im Weltkrieg. Infanterietruppenteile auf geländegängigen Kraftwagen sind das Gegebene für die Durchführung dieser Angriffsbewegungen. Den weniger beweglichen Verbänden verbleibt dabei die Aufgabe, die nacheinander gewonnenen Stellungen zu besetzen.

Die Luftwaffe wird zur Vorbereitung des Angriffs und zum Schutze der eigenen Truppen gegen Luftgefahr Erhebliches zu leisten haben. Sie kann aber nicht ständig gegen feindliche Flieger auf der Lauer liegen. Auch ein geschlagener Feind kann stets Flugzeuge zum Bombenabwurf entsenden, sobald er den Luftraum frei findet. Der Schutz gegen diese Möglichkeit besteht in einer raschen Zerlegung der Angriffstruppe nach der Besetzung ihrer Ziele. Auf diese Weise werden die letzten Fortschritte im Waffenwesen den alten Satz „Getrennt marschieren, vereint schlagen" aufs neue zu Ehren bringen. Es wäre falsch, in angegriffenen Stellungen Reserven aufhäufen, wie dies vielfach im letzten Kriege geschah. Dieses Verfahren hat genug Verluste gekostet, um Führer und Truppe auf immer davon zu heilen. Die neuzeitlichen Waffen erlauben mit schwachen Kräften eine Reihe von Linien nach der Tiefe anzuordnen. An ihnen werden sich die Angriffstruppen verbluten.

Die Verwendung von Giftgas beim Angriff und bei der Verteidigung von Stellungen verdient besondere Aufmerksamkeit. Das Gas gibt dem Angreifer die Möglichkeit, die Flanken seines Angriffs durch undurchschreitbare Schranken zu sichern. In der Verteidigung erlauben die Giftgase, dem Feind gefährliche Annäherungswege zu sperren. Jede Verteidigungseinrichtung muß einen Plan für die Verwendung der Gase enthalten. Er beruht auf einer eingehenden Erkundung der Geländeverhältnisse und auf einer genauen Kenntnis der Eigenschaften der anzuwendenden Gase.

Nach dem Vorhergesagten wird kein Anzeichen dem Verteidiger den drohenden Angriff verraten. Es ist zu unsicher, einen Angriff abzuwarten, um ihm erst dann Gassperren entgegenzusetzen. Man muß daher den Gebrauch beharrender Gase vor wichtigen Verteidigungsstellungen vorsehen. Solche Todeszonen können einer Stellung Sicherheit geben; aber sie können sich verschieben und für den Verteidiger gefährlich werden, wenn diese Möglichkeit nicht vorgesehen wurde. Auch ein sehr wachsamer Verteidiger wird den Angreifer nicht hindern können, mit Hilfe des beschriebenen Verfahrens einen Geländegewinn gegen die vordersten Anlagen zu erreichen. Eine umsichtige Verteidigung wird den Angreifer aber verhindern können, einen zweiten Erfolg zu erzielen. nmp,

Briefe aus dem Sowjet-Paradies.

Die Zeitschrift „Dein Reich komme!", das Organ des Missionsbundes „Licht im Osten" in Wernigerode (Harz) veröffentlicht neue Mitteilungen, die ihr von deutschen Volks- und Glaubensgenossen in Sowjetrußland zugegangen sind, und die in erschütternder Weise Einblick in die gegenwärtige Lage geben. In dem betreffenden Artikel heißt es:

„Nach untrüglich zuverlässigen Berichten aus Rußland ist die Hungersnot drüben an vielen Orten so furchtbar, daß sie die entsetzliche Katastrophe von 1921 erreicht oder schon übertrifft. In vielen Dörfern und Kolonien der Ukraine z. B., wo eine fast totale Mißernte war, ist schon fast kein Haus ohne ein, zwei Hungertote. Ein Familienvater aus jener Gegend schreibt uns am 20. Februar d. J.:

„Es ist schrecklich und herzzerreißend, anzusehen, wie die armen Kinder freudig ankommen mit einer gefallenen Henne oder mit einem Stück Fleisch von einem gefallenen Pferd und sagen: „Kocht uns das, es wird gut schmecken!" Die lieben, armen Kinder, wie oft haben sie schon vergeblich versucht, sich etwas Genießbares bei den Leuten auszubitten. Meistens kommen sie dann weinend zurück und sagen: „Wir haben nichts bekommen!" Ja, lange machen wir es schon nicht mehr durch, denn wenn der Körper schon geschwollen ist, das ist gewöhnlich dann nicht mehr sehr lange bis zum Ende."

„Ein höherer Beamter der Regierung erzählte mir vor einigen Tagen in Berlin, daß er ein Stück Brot gesehen habe, das jemand von dort mitgebracht habe. Es besteht aus Rapshülsen und Kartoffelschalen. Sein Nährwert sei gleich Null, ja, unter Null, da es wegen seiner Feuchtigkeit und Schlechtigkeit schädlich sei.

Jeden Tag bringt uns die Post ein, zwei und mehr **Dutzende von Briefen mit z. T. erschütternden Hilferufen.** Wir können sie lange nicht alle erledigen, und das, obwohl wir in den letzten einundeinhalb Jahren für 45 000 RM Pakete und Überweisungen nach Rußland haben gehen lassen. Den anderen Hilfsorganisationen geht es ähnlich. „Wenn Gott nicht ein Wunder tut, so werden in diesem Jahre noch viele Tausend zugrunde gehen", das ist der Inhalt vieler Briefe auf eine kurze Formel gebracht. Wir lassen hier nur einige wenige Brief-Auszüge sprechen, die das oben Gesagte bestätigen:

........, 6. Januar 1933.

„Ich habe durch Sie zwei Sendungen erhalten und sage Ihnen herzlichen Dank dafür. Auch den Gebern bitte ich meinen innigsten Gruß zu übergeben. ... Mein Mann, ein Prediger, ist jetzt schon über drei Jahre im hohen Norden und kann seiner Familie keine Hilfe leisten. Es ist ihm so schwer, daß er nichts tun kann als nur beten, und das tut er beständig. Und ich kann zu Gottes Ehre sagen, noch hat der Herr immer zur rechten Zeit geholfen. Ich habe vier Kinder, und Brot haben wir keins, auch keine Kartoffeln. Ich hatte unsere Trauringe im „Torgsin" für etwas Grütze verkauft, und davon koche ich Suppe, und das ist unsere Speise. Doch auch das ist bald zu Ende. Und dann? Wird der Herr uns verlassen? Nein, Er wird Herzen lenken, die da helfen den Hungrigen das Brot zu brechen. ... Gruß mit Gal. 6, 9.

......, 22. Januar 1933.

Liebe Geschwister im Herrn!

„...... Helft mir mit den Meinen mit etwas Lebensmitteln. Kleider haben wir für unser Leben genug; denn ohne Brot werden wir nicht mehr viel brauchen. Wer's nicht erfahren hat, wie es tut, wenn hungrige Kinder ihren Vater um Brot anrufen und er ihnen keines geben kann, weiß ja auch nicht, was in solchem Vater vorgeht. ... Darum bitte ich Euch, wenn der Herr von seinem Zehnten noch etwas in seiner Vorratskammer bei Euch hat, um ein wenig Brot, um unser Leben zu erhalten."

......., 22. Januar 1933.

„... Wer hätte gedacht, daß man in solche Verhältnisse geraten und der Brotkorb so hoch gehoben würde. Man sinnt hin und her, prüft und überlegt, auf welche Art und Weise man doch am Leben bleiben kann. ... Wir gedachten in der Stadt einen Zufluchtsort zu finden, doch auch hier sieht es für uns traurig aus. Einesteils ist es für uns auch vielleicht gut, daß der Herr es vor unserem Auge verborgen hält. Man würde sich wohl noch mehr mühen und ängstigen. Bis hierher hat der Herr wunderbar geholfen. Ihm sei die Ehre! — Wenn Sie es möglich machen könnten, uns etwas zu senden, wenn auch nicht viel, so würde ich Ihnen sehr dankbar sein. Würde gern Ihnen unsere Lage näher schildern, doch in der gegenwärtigen Zeit ist es besser, zu schweigen. „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold."

Mit herzlichem Brudergruß verbleiben wir Ihre dankbaren Freunde

........"

......., 26. Januar 1933.

„**Wenn unser Gott nicht bald eingreifen wird, so sind wir alle weit und breit dem Hungertode preisgegeben.** Doch wollen wir's nicht glauben, denn Rat und Kraft hat Er genug. Viele Kinder spielen nicht mehr, sitzen ganz still, viele Menschen sind schon geschwollen, besonders die Männer. Das Elend ist sehr groß. Geschwollen sind wir noch nicht, aber Rüben und sechs Kürbisse sind unsere Nahrung, und dazu habe ich einen zweiundsechzigjährigen lungenkranken Mann. Einen Monat haben wir schon besonders schwer gehabt. Tag und Nacht keine Ruhe. Wir sollen Getreide geben und haben doch gar nichts. **Haben unter großen Drohungen die letzten Bohnen und Kartoffeln abgegeben.**

Die Gefängnisse sind alle überfüllt, es **kommen auch sehr viele um.** Ach, ich kann nicht schreiben, sonst komme auch ich dahin. Nun, wenn möglich ist, schicken Sie uns etwas.

Gott möge Ihr Land vor so etwas bewahren.

Dankend im voraus grüßen

........"

Acht deutsche Thesen zur Abrüstung.

Die fast vierstündige Auseinandersetzung in der Hauptkommission der Abrüstungskonferenz am Freitag nachmittag brachte den ersten ernsteren Zusammenstoß zwischen dem deutschen und dem französischen Delegierten aus Anlaß der neuen deutschen Anträge zur Frage der Heeresbestände, die der deutsche Delegationsführer Botschafter Nadolny ausführlich begründete.

Wie aus der Rede Nadolnys hervorging, umfassen die dem Präsidium der Abrüstungs-Konferenz überreichten deutschen Abänderungsvorschläge zu Macdonalds Plan folgende

acht Punkte:

1. Der englische Abrüstungsplan hatte sich die Idee Paul-Boncours zu eigen gemacht, nach welcher die Heerestypen der kontinentalen Staaten, und zwar nur der kontinentalen Staaten, vereinheitlicht werden sollen. Nachdem Deutschland durch Versailles ein langdienendes Berufsheer aufgezwungen worden und die Wehrpflicht verboten worden war, soll nun auch für Deutschland ein kurzdienendes Heer nach französischem Muster organisiert werden. Dabei sollen indessen für die in Heimat und Übersee stehenden farbigen Truppen der kontinental-europäischen Staaten volle Freiheit in der Wahl des Heerestyps erhalten bleiben und die Gesamtstreitkräfte aller anderen Staaten (England, Vereinigte Staaten usw.) ebenfalls in der Wahl des Heerestyps freibleiben. **Das bisherige Reichsheer wäre auf diese Weise als Kern der Wehrmacht zerschlagen, während Frankreich sein bisheriges Wehrsystem beibehielte.** Deutschland lehnt diesen Vorschlag nicht prinzipiell ab, aber es wünscht in eine Diskussion und in eine Klärung dieser wichtigen Frage unter dem Gesichtspunkt einzutreten, welche Heeresorganisation für Angriff und Verteidigungszwecke geeigneter sei. Auch müßte die Vereinheitlichung des Heerestyps nicht nur für die kontinentalen, sondern für alle Staaten gelten. Jedenfalls müßten die nationalen Eigentümlichkeiten und die besonderen Daseinsbedingungen der Staaten bei der Entscheidung über die Form der Wehrmacht berücksichtigt werden.

2. In dem englischen Entwurf wird das zukünftige Friedensheer Deutschlands auf 200000 Mann Tagesdurchschnittsstärke beziffert. Dem stellt der Entwurf gegenüber ein französisches Friedensheer in Stärke von 400 000 Mann, davon 200 000 Mann im Heimatgebiet und 200 000 Mann in Übersee, die ohne weiteres im Heimatgebiet eingesetzt werden können. Rechnet man die Heeresstärke der Nachbarn Deutschlands, die mit Frankreich im Bündnis stehen, zusammen, so ergibt sich, daß nach dem englischen Vorschlag verfügen werden:

Frankreich über	400 000 Mann
Belgien über	90 000 Mann
Polen über	200 000 Mann
Tschechoslowakei über	100 000 Mann
zusammen	790 000 Mann

wobei noch zu beachten ist, daß die Verbündeten Frankreichs: Rumänien und Jugoslawien, mit 150 000 bzw. mit 100 000 Mann in dem englischen Vorschlag erscheinen. Bei diesen Zahlenverhältnissen wirft Deutschland die Frage auf, ob wirklich die deutsche Sicherheit ebenso garantiert wird wie die Sicherheit der anderen Staaten.

3. Die Beantwortung dieser Frage wird noch negativer dadurch, daß nach dem englischen Plan Deutschland über keine Militärflugzeuge verfügen soll und keine Möglichkeit **einer aktiven Luftverteidigung gegen Luftangriffe** haben wrd. Demgegenüber würde Frankreich verfügen über 500 Militärflugzeuge in laufendem Dienst, 125 Militärflugzeuge als unmittelbare Reserve und über beliebig viele Militärflugzeuge als „stockierte Reserve". Das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarn zeigt die folgende Tabelle:

Deutschland	0 startberechtigte Flugzeuge
Frankreich	625 startberechtigte Flugzeuge
Belgien	188 startberechtigte Flugzeuge
Polen	250 startberechtigte Flugzeuge
Tschechoslowakei	250 startberechtigte Flugzeuge
zusammen	1313 startbereite Flugzeuge ohne stockierte Reserven.

Während Deutschland keine Militärluftschiffe gestattet werden sollen, verfügt Frankreich über deren sechs.

Ebenso wie Flugzeuge bleiben **Unterseeboote** für Deutschland nach dem englischen Plan verboten, während die übrigen Seemächte bis zum Ablauf der Seeabrüstungsverträge von Washington und London Ende 1936 ihre U-Boote beibehalten und ersetzen können. An U-Booten verfügen zur Zeit:

	im Dienst	im Bau
England	55	10
Vereinigte Staaten	82	2
Japan	63	3
Frankreich	84	25
Italien	50	25

4. Durch den Versailler Vertrag wird der **Beurlaubtenstand des deutschen Heeres abgeschafft.** Nach dem Macdonald-Plan soll der Beurlaubtenstand in seiner Gesamtheit belassen werden. Nun **verfügt heute Frankreich über vierzehn Jahrgänge ausgebildeter Reserven, die** für Deutschland ausfallen. Nach deutscher Forderung sollen deshalb im Gegensatz zum englischen Plan bei der Berechnung der endgültigen Effektivstärke der Armee die ausgebildeten Reservisten miteinbezogen werden. Für die Berechnungsart, die zugrunde gelegt werden soll, werden Vorschläge gemacht. Im Gegensatz ferner zu den Tendenzen, die auf der Gegenseite unterhalten werden, sollen private Wehr- und Sportverbände nicht als unter militärische Ausbildung fallend angesehen, und daher bei der Festsetzung der Heeresstärke auch nicht berücksichtigt werden.

5. Es ist ein alter französischer Kniff, zu behaupten, daß die deutschen Polizeikräfte militärische Verbände seien und der deutschen Wehrmacht zugerechnet werden müssen. Reichswehr und Schutzpolizei zusammengerechnet würden so bereits eine deutsche Armee in einer Stärke von 200 000 Mann ergeben. Nach dem englischen Plan sollen Polizeiformationen dann der Effektivstärke des Heeres zugerechnet werden, wenn sie über automatische Waffen verfügen wie zum Beispiel Repetierpistolen oder Gewehre, Maschinengewehre usw., oder gewisse näher bezeichnete militärische Instruktionen erhalten, oder schließlich in taktischen **Einheiten verwendet werden können.** Demgegenüber fordert die deutsche Delegation, daß Polizeikräfte bei der Festsetzung der Heeresstärke nur dann mit berücksichtigt werden dürfen, wenn sie über weitgehende militärtechnische Ausbildungen und Organisationen verfügen und somit sie Verwendungsmöglichkeiten für militärische Zwecke ohne vorhergehende Mobilmachung besitzen.

6. Was die in den Kolonien liegenden Truppen anderer europäischer Staaten anbetrifft, so wird deutscherseits gefordert, daß diese nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verteidigung innerhalb der Kolonien verwendet werden dürfen. Die Festsetzung der Heeresstärken müsse deshalb in zwei Gruppen erfolgen: a) Heimattruppen mit den in den angrenzenden Kolonien verwandten Truppen, b) die gesamten Streitkräfte einschließlich der in den entfernten Kolonien stationierten Truppen.

7. **Die Deutschland zustehende Gleichberechtigung müsse in den Abrüstungsabkommen praktische Verwirklichung finden.** Dabei wäre Deutschland mit einer Übergangsperiode einverstanden, wenn deren Laufzeit eine mäßige Anzahl von Jahren nicht überschreitet, und wenn nach deren Ablauf der deutsche Rechtszustand dem der anderen Staaten völlig gliche. In der Konvention müsse das Rüstungsverhältnis zwischen Deutschland und anderen Staaten allein durch die Bedürfnisse der nationalen Sicherheit unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse Deutschlands bestimmt sein. **Die qualitative Gleichberechtigung müßte insofern verwirklicht werden, als alle Maßnahmen und Waffen, die anderen Staaten erlaubt sind, Deutschland nicht verboten sein dürfen.** Der erste zahlenmäßige Ausgleich der Heeresstärken müßte der endgültigen Regelung möglichst nahekommen, wobei die französischen Übersee-Streitkräfte im oder in der Nähe des Mutterlandes in die Heimatsstreitkräfte einzurechnen wären, wobei die Verwendung der in ferngelegenen Gebieten stationierten Übersee-Streitkräfte in anderen als in diesen Gebieten verboten werden müßte. Die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages wären durch die Konvention zu ersetzen. Es dürfe Deutschland kein Wehrsystem aufgezwungen werden, das seinen besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen nicht entspricht, und es dürfe für Kontinental-Europa unter Ausschluß Englands keine Sonderregelung auf irgendeinem Gebiet getroffen werden.

8. Im englischen Plan werden die **schweren Angriffswaffen der Landstreitkräfte** folgendermaßen behandelt:

Bewegliche Land-Artillerie

Frankreich:

	Jetzt:	in Zukunft:
bis 10,5 cm	4100	unbeschränkt
10,5—15,5 cm ..	1620	bleiben erhalten, Ersatz verboten
über 15,5 cm ...	540	Zerstörung innerhalb von drei Jahren

Deutschland:

	Jetzt:	in Zukunft:
bis 10,5 cm	288	unbeschränkt
10,5—15,5 cm ..	—	verboten
über 15,5 cm ...	—	verboten

Polen:

	Jetzt:	in Zukunft:
bis 10,5 cm	3400	unbeschränkt
10,5—15,5 cm ..	700	bleibt erhalten, Ersatz verboten
über 15,5 cm ...	40	Zerstörung innerhalb von drei Jahren

Festungs-Artillerie aller Kaliber

	Jetzt:	in Zukunft:
Frankreich......	etwa 3000	unbeschränkt
Deutschland.....	22	unbeschränkt
Polen..........	etwa 1000	unbeschränkt

Küsten-Artillerie aller Kaliber

	Jetzt:	in Zukunft:
Frankreich......	mindestens 2000	unbeschränkt bis Höchstkaliber von 40,6 cm •
Deutschland.....	begrenzte Zahl Höchstkaliber 30,5 cm	wie Frankreich
Polen..........	unbekannt	wie Frankreich

Kampfwagen

		Jetzt:	in Zukunft:
Frankreich......	bis 16 t	3600	unbeschränkt
	über 16 t	100	Zerstörung innerhalb von drei Jahren
Deutschland.....	bis 16 t	—	unbeschränkt
	über 16 t	—	verboten
Polen..........	bis 16 t	400	unbeschränkt
	über 16 t	20	Zerstörung innerhalb von drei Jahren

Diese Tabellen zeigen, daß der englische Plan Abrüstungsmaßnahmen nur bei der schweren beweglichen Landartillerie und bei Kampfwagen über 16 Tonnen vorsieht. Der Wortlaut des Planes schließt seine Umgehung nicht aus. Bewegliche schwere Geschütze über 15,5 Zentimeter brauchte man nur in Festungen zu stellen oder bei der Küstenartillerie unterzubringen, um sie der Zerstörung zu entziehen. Die deutsche Gleichberechtigung ist grundsätzlich nur für die leichte bewegliche Landartillerie bis 10,5 Zentimeter, für Festungs- und Küstenartillerie sowie für Kampfwagen unter 16 Tonnen zugestanden, nicht aber für die im Kriege besonders wirkungsvolle Kalibergröße von 15 Zentimeter. Die Tabelle zeigt schließlich, was Deutschland infolge seiner vierzehnjährigen Entwaffnung auf dem Gebiete der Angriffswaffe aufzuholen hätte, bis es zur praktischen Gleichberechtigung gelangte. **Im Gegensatz zu dem englischen Plan verlangt die deutsche Delegation die Zerstörung und das Verbot aller schweren Angriffswaffen.**

Kampf gegen und für die Gleichberechtigung.

Im Abrüstungs-Hauptausschuß führten die deutschen Abänderungsvorschläge zu einer stürmischen Aussprache. Es zeigte sich, daß diese erste praktische Anmeldung der grundsätzlichen deutschen Abrüstungs- und Sicherheitsforderungen auf einen unerwartet starken Widerstand sowohl auf französischer, als auch auf englischer Seite stießen. Die von dem Franzosen Massigli und dem englischen Staatssekretär Eden abgegebenen Erklärungen unmittelbar nach den Ausführungen Nadolnys zeigten deutlich, daß die Gegenseite heute in keiner Weise gewillt ist, die deutsche Gleichberechtigung praktisch anzuerkennen und die Folgen aus der Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember zu ziehen.

Der französische Delegierte Massigli

antwortete — sehr gereizt — er habe gedacht, es handle sich um eine ruhige, artikelweise Beratung des englischen Plans. Statt dessen habe er eine Selbstverteidigung, eine Anklage und ein ganzes Programm gehört. So könne man doch nicht vorgehen. Daß Frankreich seine Verpflichtung nicht gehalten hätte, müsse er zurückweisen. Natürlich solle die Konferenz zu einer progressiven Abrüstung kommen, die aber nicht als Gegenstück eine Wiederaufrüstung anderer Länder haben dürfe. Deutschland wolle die im englischen Plan enthaltene Zahl von 200 000 Mann als Minimum annehmen und dieser verdoppelten Armee gleichzeitig alle „Vorteile von Versailles" sichern. Man müsse sich für ein System entscheiden, aber nicht versuchen, aus zwei verschiedenen Systemen die Rosinen herauszupicken. Wenn die Ausführungen des deutschen Delegierten das letzte Wort Deutschlands sein sollten, so gebe es überhaupt keine Grundlage mehr für eine Abrüstungskonvention. Auch

der englische Vertreter Eden

erklärte sich von der Rede des deutschen Delegierten „zugleich überrascht und beunruhigt". Er polemisierte, allerdings wesentlich ruhiger als Massigli, gegen Einzelheiten der deutschen Anträge, besonders hinsichtlich der Polizei, und behauptete, daß durch die deutschen Anträge, wenn sie in ihrer gegenwärtigen Form aufrechterhalten würden, die Fortsetzung der Verhandlungen erschwert würde. Die Vereinheitlichung der europäischen Heeresorganisationen sei geradezu die Grundlage des ganzen englischen Plans, und ohne eine solche Vereinheitlichung müßte die englische Delegation auch ihre ziffernmäßigen Vorschläge zurückziehen. Es sei klar, daß eine Armee mit zehnjähriger Dienstzeit nicht verglichen werden könne mit einem Heer, in dem jeder Mann ein Jahr diene.

Der deutsche Botschafter Nadolny

trat den englisch-französischen Versuchen, die Deutsche Regierung zur Zurückziehung der deutschen Abänderungsvorschläge zu pressen, in einer großen, **zum ersten Male in deutscher Sprache** gehaltenen Rede entgegen.

Wenn der Vertreter Frankreichs, Massigli, sich der Sprache Victor Hugos bediene, so wolle er, Nadolny, die Sprache Kants und Goethes reden. Wenn der französische Vertreter den Vorwurf, daß Frankreich seine Verpflichtungen nicht gehalten habe, zurückweise, so könne ihn niemand daran hindern. Wohl aber stehe die unleugbare Tatsache fest, daß seit vierzehn Jahren die Unterschrift der übrigen Mächte unter dem Abrüstungsartikel 8 des Völkerbundpaktes stehe, und diese Verpflichtung noch immer nicht erfüllt sei. Zu der Behauptung Massiglis, die deutschen Vorschläge bedeuteten die Wiederaufrüstung Deutschlands, könne er immer nur wieder auf den von maßgebender deutscher Seite betonten Friedenswillen und aufrichtigen Wunsch zur Verständigung hinweisen. Die deutsche Politik sei im wahrsten Sinne eine Friedenspolitik. **Deutschland wolle die Abrüstung aller und werde jedes Ergebnis annehmen, das allen die gleiche nationale Sicherheit gewährleiste. Wenn die Konferenz eine Herabsetzung der Rüstungen bis auf Null beschließe, so werde Deutschland gleichfalls die ihm noch verbliebenen Rüstungen auf Null herabsetzen. Deutschland verlange nichts anderes als die Verwirklichung des Rechts auf nationale Sicherheit.** Dieses Recht könne Deutschland niemand nehmen. Es müsse und werde verwirklicht werden, wenn die Konferenz zu einem praktischen Ergebnis gelangen will. Wie die Konferenz dies erreiche, sei ihre Sache.

Nadolny betonte zum Schluß zu der englisch-französischen Anfrage, ob die deutschen Abänderungsvorschläge das letzte Wort Deutschlands seien, daß auch der englische Abrüstungsplan wohl kaum das letzte Wort Englands sei und zweifellos die übrigen Mächte Abänderungsanträge einbringen werden. Er richtete an den Vertreter Englands die formelle Frage, ob etwa der englische Plan als ein unabänderliches Ganzes anzunehmen oder abzulehnen sei.

Der amerikanische Delegierte Norman Davis

gab in einigen kurzen Worten seiner **Befriedigung über den versöhnlichen Geist der Erklärungen des deutschen Vertreters** Ausdruck. Wenn die Verhandlungen der Konferenz von dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und der Verständigung getragen sein würden, wie die letzten Verhandlungen der Staatsmänner in Washington, so werde zweifellos die Konferenz zu ähnlichen positiven Ergebnissen gelangen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Dollar und Pfund weiter abbröckelnd.

Der amerikanische Dollar und das englische Pfund haben nach der Veröffentlichung des amerikanischen Senatsbeschlusses, wonach der amerikanische Staatspräsident das Recht erhält, den Goldgehalt des Dollars um 50 Prozent herabzusetzen, in den letzten Tagen wieder stark nachgegeben. Besonders kraß trat diese Erscheinung an den Börsen des Sonnabend hervor. An einzelnen europäischen Börsen und in Newyork waren die Bewegungen und Schwankungen beider Währungen so stark, daß im Laufe des Tages die Kurse stufenweise und fortgesetzt gesenkt wurden. An der Warschauer Börse war die Spekulation intensiv am Werke, die wiederholt im Laufe des Sonnabends Gerüchte zu verbreiten und glaubhaft zu machen suchte, um daraus Kapital zu schlagen. Die Bank Polski war gezwungen, nach der offiziellen Morgennotierung, die noch mit 8,05 für den Dollar lautete, in den weiteren Vormittagsstunden den Kurs auf 7,95 zu senken.

Die Anfangskurse an den heutigen Montag-Börsen lagen für den Dollar und das Pfund durchweg schwach und waren von vornherein auf ein weiteres Abbröckeln eingestellt. Noch am Sonnabend notierte Zürich den Dollar mit 4,58, Paris nach dem weiteren Kursrückgange 22,45. Gegenüber London lag der Dollar 3,84. Die heutigen Kurse sind gegenüber den Sonnabend-Schlußkursen schwächer. Berlin nahm heute infolge des für die gesamte Wirtschaft als Feiertag eingeführten „Tag der Arbeit" keine Notierungen vor.

Die ungeheuere Schwäche des Dollars muß, wie bereits erwähnt, auf den Senatsbeschluß zur 50prozentigen Senkung des Goldgehaltes des Dollars zurückgeführt werden. An den Börsen in Newyork, London, Paris und Berlin werden hartnäckig Gerüchte verbreitet, wonach die Amerikanische Regierung eine Neuemission von Zahlungsmitteln bis zu einer Höhe von 6 Milliarden Dollar durchführen will. Es sollen davon 3 Milliarden auf Staatsbons und 3 Milliarden auf den Scheidemünzenumlauf (Silber) entfallen. Diese Maßnahme bezweckt zunächst den Währungskampf gegenüber dem englischen Pfund, um dessen günstige Position an den Weltmärkten anzugreifen und dadurch die Exportlage Amerikas zu bessern. Auf der anderen Seite will die Amerikanische Regierung die größten innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten für die nächste Zukunft beheben. In maßgebenden amerikanischen Finanzkreisen zweifelt man jedoch stark daran, daß Präsident Roosevelt die Währungsermächtigung voll ausnutzen werde, da eine 50prozentige Senkung der Kaufkraft des Dollars die amerikanische Wirtschaft eher gefährden, als günstig beeinflussen würde. Der Dollar hat nach seinem augenblicklichen Stand etwa 10—15 Prozent seines Nominalwertes eingebüßt. Man spricht von einem Plan, der eine 25prozentige Wertsenkung des Dollars vornehmen möchte.

Zwischen Dollar und Pfund vollzieht sich seit Wochen ein Machtkampf, wie er in der Wirtschaftsgeschichte noch nicht verzeichnet worden ist. Die Washingtoner Besprechungen zwischen Roosevelt und Macdonald scheinen, den offiziellen Verlautbarungen zum Trotz, kein Ergebnis gezeitigt zu haben, denn seit Tagen ist der Kampf stärker als vorher.

Weitere Währungsschwankungen.

Das ungewisse Schicksal von Dollar und Pfund.

Die Annahme, daß durch den Besuch Macdonalds in Washington eine Entspannung in der Frage der Bewertung der Weltwährungen eintreten werde, hat sich als irrig erwiesen. Nachdem das Pfund in Verbindung mit der Verkündung des Goldembargos durch Amerika scharf angezogen hatte, ist es jetzt wieder beträchtlich gesunken. Die Pfundschwankungen sind so erheblich, daß darunter jede vernunftgemäße kaufmännische Kalkulation leidet; hat sich doch der Wert des Pfundes innerhalb weniger Tage um 6 Prozent seines letzten Standes geändert.

Noch ungewisser als das Schicksal des Pfundes ist das Schicksal des Dollars. Der Senat hat die scharfumkämpfte Goldklausel des Währungsgesetzes angenommen, und dies, obwohl der hochangesehene Senator Glaß, der ein Finanz- und Währungssachverständiger von internationalem Ruf ist, seine ganze Autorität in die Wagschale geworfen hatte, um die von ihm verdammte Politik der Währungsexperimente zu Fall zu bringen. Wie bei so vielen Entwicklungen kann man auch hier nur sagen: „Man sieht wohl einen Anfang, aber kein Ende".

Von weittragender Bedeutung ist auch der Entschluß, die Bezahlung von Kriegsschulden in Silberwährung anzunehmen. Dies aus zwei Gründen: erstens hat Amerika erneut damit bekundet, daß es nicht gewillt ist, auf die Bezahlung der Kriegsschulden zu verzichten. Zweitens weil für die Annahme der Zahlung in Silber ein effektiver Schuldennachlaß um 30 Prozent gewährt wird.

Aber noch aus einem dritten Grunde ist der Entschluß Amerikas von Bedeutung. Roosevelt betreibt damit offen die Rückkehr der Welt zur Silberwährung. Der augenblickliche Silberpreis beträgt 35 Prozent. Er soll nicht auf mehr als 50 Prozent gesteigert werden. Es ist bekannt, daß sehr viele Staaten sich gegen die Wiedereinführung einer Doppelwährung sträuben, und zwar vor allem, weil die bekannten Gefahren, die der Währung aus dem Bimetallismus drohen, gefürchtet werden. Amerika macht dagegen geltend, daß durch die Erhöhung des Wertes des Silbers eine große Zahl bedeutender Märkte wieder erschlossen werde, die infolge der Silberentwertung fortgefallen waren. Hierzu gehört der gesamte Ferne Osten.

Erstaunen hat hervorgerufen, daß der Waffenstillstand in Währungsfragen nicht einmal bis zum 12. Juni, dem Beginn der Weltwirtschaftskonferenz, eingehalten worden ist. Man nahm an, daß in den Besprechungen zwischen Roosevelt und Macdonald ein gewisses Wertverhältnis zwischen Pfund und Dollar festgelegt wurde. Sollten die beiden in kapitalistischem Sinne führenden Staaten der Welt weiter darin fortfahren, ihre Währungen im unrühmlichen Wettkampf zu entwerten, so wird damit die Atmosphäre der Weltwirtschaftskonferenz außerordentlich schwer belastet.

Bank für Handel und Gewerbe im Jahre 1932.

In der am 27. April 1933 in den Räumen der Bank für Handel und Gewerbe Poznań, Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu, Sp. Akc. in Poznań, ul. Masztalarska 8 a, mittags 12 Uhr, abgehaltenen Generalversammlung waren 1 844 900 Zloty nominell von dem 2 000 000 Zloty betragenden Aktienkapital vertreten.

Nach Erstattung des Geschäftsberichts und Vorlegung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1932 wurde der Abschluß von der Generalversammlung einstimmig genehmigt und dem Vorstande sowohl als auch dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Von der Ausschüttung einer Dividende wurde Abstand genommen. Der erzielte Überschuß wurde in Anbetracht der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse voll zu Abschreibungen verwandt. Die satzungsmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herr Rittergutsbesitzer Georg Freiherr von Massenbach, Herr Direktor Christian Rollauer und Herr Stadtrat Max Reich wurden einstimmig wiedergewählt.

Buttereinfuhr nach Deutschland. Die Gründung eines Fetteinfuhrmonopols und die Einschränkung der Margarineerzeugung um 50 Prozent in Deutschland hat jetzt dem deutschen Buttermarkt einen starken Auftrieb gegeben. Die Ansicht von Fachleuten geht dahin, daß wahrscheinlich ein großer Teil der Verbraucher von Margarine- zum Butterverbrauch übergehen wird. Es macht sich eine starke Nachfrage nach Auslandsbutter bemerkbar. Besonders stark gefragt ist Russenbutter. Die deutschen Einfuhrstellen rechnen mit der Möglichkeit einer Buttereinfuhr aus Polen.

Polnische Industrie befürchtet russische Zahlungseinstellung. Lodzer Pressemeldungen zufolge ist der Abschluß der Verhandlungen über neue, größere Russenaufträge für die polnische Industrie auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, da in gewissen Kreisen des polnischen Finanzministeriums Besorgnisse bestehen sollen, daß die Sowjetregierung in Kürze zahlungsunfähig werde. Unter diesen Umständen, so meint man in diesen Kreisen, könne man der Sowjetregierung keine größeren Kredite mehr einräumen; auch müßte man den Handelsverkehr mit der Sowjetunion auf den Grundsatz der Gegenseitigkeit stellen, sofern die russische Einfuhr eine Verringerung des Warenimports aus anderen Ländern herbeiführen sollte.

Die staatliche Getreidehandelsgesellschaft

und die Mühlenindustrie.

In einer Sondernummer der „Gazeta Handlowa" über die polnische Getreide- und Mehlwirtschaft findet sich eine interessante Darstellung über das Verhältnis zwischen der staatlichen Getreidehandelsgesellschaft Polens und der polnischen Mühlenindustrie. Der Ursprung des Artikels ist nicht näher gekennzeichnet. Aus der ganzen Art und Weise aber, wie der Verfasser die Bedeutung und die Vorteile der Tätigkeit der Getreidehandelsgesellschaft auch für die polnische Mühlenindustrie hervorzuheben sucht, ist zu entnehmen, daß der Artikel offenbar auf Anregung der Getreidehandelsgesellschaft zurückgeht, welche sich bemüht, die in Kreisen der polnischen Mühlenindustrie vorhandene Gegnerschaft gegen ihre Tätigkeit zu wandeln. Daher verdienen diese Betrachtungen besonderes Interesse. Aus den Ausführungen greifen wir folgende wichtigsten Gedanken heraus.

Die Produktionstätigkeit der staatlichen Getreidehandelsgesellschaft hat sich im Wirtschaftsjahr 1932/33 erheblich verringert. Grundsätzlich hat die Gesellschaft im Wege der Intervention aufgekauftes Getreide nur für Exportzwecke vermahlen. Eine Ausnahme wird nur zur Unterstützung Erwerbsloser gemacht.

Auch Grützeerzeugnisse hat die Getreidehandelsgesellschaft in der eigenen Mühle in Bromberg in der Hauptsache für den Export hergestellt.

Die Getreidehandelsgesellschaft steht auf dem Standpunkt, daß ihre Tätigkeit auch der privaten Mühlenindustrie erhebliche Vorteile bringt. Diese resultieren in erster Linie aus der Erhaltung hoher Getreidepreise am Inlandsmarkt, für welche sie interveniert(?) Hohe Getreidepreise aber ergeben nach Ansicht der Gesellschaft einen prozentual niedrigeren Anteil der fixen und veränderlichen Vermahlungskosten am Endprodukt.

Bekanntlich verfügt die staatliche Getreidehandelsgesellschaft Polens über kein ausgebautes System von Magazinen und Getreidespeichern. Demzufolge wird das aufgekaufte Getreide bei privaten großen Industriemühlen untergebracht; dafür werden entsprechende Lagerungsgebühren gezahlt. Im Falle eines erhöhten Mehlbedarfs können die einzelnen Mühlen zur Vermahlung das bereits an Ort und Stelle magazinierte Getreide verwenden.

Im Zusammenhang damit spielt die Kreditfrage eine gewisse Rolle. Von seiten der polnischen Mühlenindustrie ist das Verlangen an die Getreidehandelsgesellschaft gerichtet worden, daß sie das von der Mühlenindustrie bei ihr gekaufte Getreide gegen 3 bis 6monatigen Kredit Kredit abgibt. In dem Artikel wird auf die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderung hingewiesen, weil dies der Geschäftspolitik der Getreidehandelsgesellschaft widersprechen würde. Es würde nach Ansicht des Verfassers sogar erhebliche Gefahrenmomente enthalten, da die Gesellschaft nur über äußerst beschränkte Mittel verfüge, welche noch nicht einmal **ausreichend seien, um die Interventionstätigkeit auf den Inlandsmärkten, die eigentliche Aufgabe der Gesellschaft, das ganze Jahr hindurch in ausreichendem Umfange durchzuführen.**

*

Die „Gazeta Handlowa" hat mit der Veröffentlichung dieses Artikels offenbar gegen ihre eigene Anschauung und wirtschaftspolitischen Richtlinien angekämpft. In allen Dingen pflegt sie auf dem Standpunkt der Privatwirtschaft zu stehen und das übermäßige Umsichgreifen der staatlichen Ingerenz in Fragen der Wirtschaft abzuwehren.

Die staatliche Getreidehandelsgesellschaft hat sich zu einem Unternehmen entwickelt, das die Gründe, für welche sie einstmals ins Leben gerufen worden ist, schon lange nicht mehr respektiert. Sie wurde bekanntlich zu dem Zwecke ins Leben gerufen, die übermäßig sinkenden Getreidepreise am Inlandsmarkte durch Interventionskäufe zu stützen. Im Laufe der Jahre hat sie sich jedoch zu einem Unternehmen entwickelt, das mit rein kaufmännischen Grundsätzen arbeitet, d. h. darauf hinausgeht, Gewinne zu erzielen. Sie erringt dadurch einen Vorsprung gegenüber jedem anderen Getreidehandel und gegenüber der Mühlenindustrie, den sie dank ihrer Kapitalreserve nicht nur halten sondern von Woche zu Woche befestigen konnte. Bei der Gründung der staatlichen Getreidehandelsgesellschaft wurde bekanntlich ein „Fonds zur Stützung der Inlandsgetreidepreise" gegründet, mit dem sie seit Jahren, wie bereits bemerkt, rein kaufmännische Tendenzen verfolgt. Daraus ergibt sich eine Benachteiligung des privaten Getreidehandels und darüber hinaus eine Benachteiligung der privaten Mühlenindustrie, da die Gertreidehandelsgesellschaft in der Regel ihre eigenen Mühlen versorgt. Mit staatlichen Mitteln wird also ein Wettbewerb gegen andere Unternehmen geführt, die der finanziellen Nachteile wegen den Kampf nicht bestehen können. Wenn jetzt von der polnischen Mühlenindustrie das Verlangen an die Getreidehandelsgesellschaft gestellt wird, für gekauftes Getreide einen Vierteljahres- oder Halbjahreskredit zu erteilen, so dürfte eine derartige Forderung durchaus berechtigt sein.

Wenn die staatliche Getreidehandelsgesellschaft aus mancherlei Gründen eine Stützung der Getreidepreise zum Wohle der Landwirtschaft nicht immer hatte durchführen können, so hat sie auf der anderen Seite manche positiven Ergebnisse gezeitigt, die anerkannt werden müssen. Trotzdem gewinnt sie noch keineswegs vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen das Recht, aus ihrer privilegierten Stellung heraus der Privatwirtschaft zum Schaden zu gereichen.

$2^1/_2$ Milliarden Franken-Anleihe für Frankreich in England.

Paris, 29. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Finanzminister bestätigt in einer Verlautbarung den Abschluß einer französischen Anleihe in Höhe von $2^1/_2$ Milliarden Frank bei einer Gruppe englischer Großbanken, an deren Spitze die „Bank der Brüder Lasard" steht.

Die Anleihe wird auf die Dauer von sechs Monaten abgeschlossen, kann aber schon früher zurückgezahlt werden. In einer Pressebesprechung fügte der Finanzminister hinzu, daß der Fonds für die englische Währungsregelung nichts mit der französischen Anleihe zu tun habe und vollkommen außerhalb dieser neuen Finanzoperation stehe.

Neue englische Zölle.

London, 29. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das englische Schatzamt hat eine Reihe von neuen Zollerhöhungen verfügt, die am kommenden Freitag in Kraft treten. Der Zoll auf Glacéhandschuhe und Körbe ist auf 30 Prozent vom Werte erhöht worden. Töpfer- und Tonerzeugnisse wurden mit 15—30 Prozent verzollt. Der neue Zoll für Hefe beträgt 4 Schilling pro Zentner.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. Mai auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Zloty am 29. April. Danzig: Ueberweisung 57,25 bis 57,36, bar 57,28—57,38. Berlin: Ueberweisung 47,10—47,30, Wien: Ueberweisung 79,05. Prag: Ueberweisung $385^7/_8$. Paris: Ueberweisung 285,00, Zürich: Ueberweisung 58,05, London: Ueberweisung 30,50.

Warschauer Börse vom 29. April. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,60, 124,91 — 124,29, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland *), 359,63 — 357,83, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 30,30, 30,45 — 30,15, Newyork 7,90, 7,94 — 7,86, Oslo —, Paris 35,10, 35,19 — 35,01, Prag 26,54, 26,60 — 26,48, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,35, 172,78 — 171,92, Tallin —, Wien —, Italien —.

*) Holland Umsätze 358,75—358,70.

Freihandelskurs der Reichsmark 206,60.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 29. April Geld	Brief	In Reichsmark 28. April Geld	Brief
3 %	1 Amerika	3.736	3.744	3.846	4.854
2 %	1 England	14.24	14.28	14.26	14.30
2.5 %	100 Holland	169.48	169.82	169.93	170.27
9 %	1 Argentinien	0.853	0.857	0.853	0.857
4 %	100 Norwegen	72.88	73.02	72.93	73.07
4 %	100 Dänemark	63.64	63.76	63.74	63.86
3.5 %	100 Island	64.69	64.81	64.93	65.07
3.5 %	100 Schweden	73.63	73.77	73.86	74.02
3.5 %	100 Belgien	58.79	58.91	58.84	58.96
4 %	100 Italien	21.86	21.90	21.88	21.92
2.5 %	100 Frankreich	16.56	16.60	16.58	16.62
2 %	100 Schweiz	81.37	81.53	81.37	81.53
6.5 %	100 Spanien	36.01	36.09	36.06	36.14
—	1 Brasilien	0.239	0.241	0.239	0.241
5.84 %	1 Japan	0.889	0.891	0.899	0.901
—	1 Kanada	3.277	3.283	3.297	3.303
—	1 Uruguay	1.648	1.652	1.648	1.652
4.5 %	100 Tschechoslowak.	—.—	—.—	—.—	—.—
6.5 %	100 Finnland	6.314	6.326	6.344	6.356
5.5 %	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6 %	100 Lettland	73.18	73.32	73.18	73.32
6.5 %	100 Portugal	12.99	13.01	12.99	13.01
7.5 %	100 Bulgarien	3.047	3.053	3.047	3.053
7.5 %	100 Jugoslawien	5.195	5.205	5.195	5.205
6 %	100 Oesterreich	45.45	45.55	45.45	45.55
6 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	100 Danzig	82.67	82.83	82.82	82.98
[illegible] %	1 Türkei	2.038	2.042	2.038	2.042
11 %	100 Griechenland	2.468	2.472	2.468	2.472
—	1 Kairo	14.62	14.66	14.64	14.68
7 %	100 Rumänien	2.488	2.492	2.488	2.492
—	Warschau	47.40	47.60	47.40	47.60

Züricher Börse vom 29. April. (Amtlich.) Warschau 58,05, Paris $20,36^1/_2$, London 17,49, Newyork 4,58, Brüssel $72,27^1/_2$, Italien 26,85, Spanien 44,25, Amsterdam 207,95, Berlin 119,50, Stockholm 90,60, Oslo 89,50, Kopenhagen 78,00, Sofia —,—, Prag $15,41^1/_2$, Belgrad 7,00, Athen 2,93, Konstantinopel 2,47, Bukarest 3,08, Helsingfors 7,78, Buenos Aires —, Japan 1,09.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 7,70 Zl., do. kl. Scheine —,— Zl., 1 Pfd. Sterling 29,95 Zl., 100 Schweizer Franken 171,67 Zl., 100 franz. Franken 34,96 Zl., 100 deutsche Mark 195,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,72 Zl., tschech. Krone —,— Zl., österr. Schilling —,— Zl., holländischer Gulden 357,30 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 29. April. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 42,50 G., $4^1/_2$proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 32,50 B., $4^1/_2$proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Pos. Landschaft 42,50 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 38 +, 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 54 G., $4^1/_2$proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 5,25—5,20 B., 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 100 G. Tendenz behauptet.

Phantastische Anleihegerüchte in Polen.

In den letzten Tagen ist in einem großen Teil der polnischen Presse die Meldung verbreitet worden, daß Polen gegenwärtig Aussichten für die Erlangung einer ausländischen Anleihe in Höhe von 50 Millionen Dollar habe, die später auf 300 Millionen Dollar erhöht werden könnte. Wenn man bedenkt, daß die höchste bis jetzt seitens der Polnischen Regierung aufgenommene Auslandsanleihe (Stabilisierungsanleihe vom Jahre 1927) effektiv etwa 60 Millionen Dollar erreicht hat, so erscheint die erwähnte Meldung, zumal unter Berücksichtigung der gegenwärtigen schwankenden Lage an den Weltfinanzmärkten, geradezu phantastisch.

In diesem Zusammenhang mag darauf hingewiesen werden, daß in den Reden der polnischen Regierungsvertreter in der Budgetdiskussion wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß alle Hoffnungen auf die Erlangung von Auslandsanleihen für Polen in der gegenwärtigen Zeit als völlig irreal bezeichnet werden müßten und daß die Mobilisierung der ausländischen Geldmärkte gänzlich von der Regelung der internationalen Staatsschulden und von dem Ergebnis der internationalen Wirtschaftskonferenz abhänge. Unter diesen Umständen erscheinen jene Anleihegerüchte, die von 50, bzw. 300 Millionen Dollar wissen wollen, auch dem größten Optimisten in Polen als ein Phantasieprodukt.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 29. April. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen 495 to . . . 18.00

Richtpreise:

Weizen	36.00—37.00	Raps	—.—
Roggen	17.75—18.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	11.00
Mahlgerste 64—66 kg	13.75—14.25	Senf	46.00—52.00
Mahlgerste 68—69 kg	14.25—15.00	Blauer Mohn	—.—
Braugerste	—.—	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Hafer	11.25—11.75	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Roggenmehl (65%)	27.50—28.50	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	55.50—57.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenkleie	9.00—10.00	Heu, lose	—.—
Weizenkleie (grob)	10.25—11.25	Heu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	8.50—9.25	Netzeheu, lose	—.—
Sommerwicken	11.50—12.50	Netzeheu, gepreßt	—.—
Peluschken	11.00—12.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—23.00		
Folgererbsen	—.—		
Blaue Lupinen	6.00—7.00		
Gelbe Lupinen	8.00—9.00		
Serradella	10.00—11.00		
Speisekartoffeln	1.70—1.90		

Gesamttendenz: **ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:** Roggen 315 to, Weizen 40 to, Gerste 30 to, Roggenkleie 40 to, Wicke 10 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Mahlgerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 29. April. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., 21,75, Weizen, 125 Pfd., 21,25, Roggen 10,80 bis 11,10, Braugerste 9,60—10,00, Futtergerste 9,00—9,50, Hafer 8,00 bis 8,45, Roggenkleie 6,50, Weizenkleie 6,70, Weizenschale 6,80 G. per 100 kg frei Danzig.

Weizen hat im Preise nachgegeben. Für 130 Pfd. holl. wird Zl. 38,00 = G. 21,85 bezahlt.

Roggen ist mit Zl. 19,50 = G. 11,20 erhältlich.

Berliner Produktenbericht vom 29. April. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 196,00—198,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 154,00 bis 156,00, Braugerste 172,00—180,00, Futter- und Industriegerste 165,00—172,00, Hafer, märk. 127,00—130,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 23,00—27,25, Roggenmehl 20,60—22,60, Weizenkleie 8,50—8,90, Roggenkleie 8,70—8,90, Raps —.—, Viktoriaerbsen 19,00—23,00, Kl. Speiseerbsen 19,00—21,00, Futtererbsen 13,00 bis 15,00, Peluschken 13,00—14,50, Ackerbohnen 12,00—14,00, Wicken 13,00—14,50, Lupinen, blaue 8,25—9,00, Lupinen, gelbe 11,80—12,50, Serradella 16,00—18,00, Leinkuchen 11,00, Trockenschnitzel 8,60, Soya-Extraktionsschrot 10,50, Kartoffelflocken 13,40.

Materialienmarkt.

Rohledernotierungen. Bromberg, 29. April. Großhandelspreise in Zloty pro Stück: Kalbfelle 2,50—3, Roßfelle 8—10, Ziegenfelle 2,50, trockene Schaffelle für 1 Kg. 1—1,10, gesalzene 0,50—0,60, Kaninchenfelle 0,60.

Viehmarkt.

Warschauer Viehmarkt vom 29. April. Die Notierungen für Hornvieh und Schweine betrug für 100 kg Lebendgewicht loco Warschau in Zloty: junge, fleischige Ochsen —,—; junge Mastochsen —,—; ältere, fette Ochsen —,—; Mastkühe —,—; abgemolkene Kühe jeden Alters —,—; junge, fleischige Bullen —,—; fleischige Kälber —,—, gut genährte Kälber 65—70; kongreßpolnische Kälber —,—; junge Schafböcke und Mutterschafe 55—60; Speckschweine von über 150 kg 125—135; von 130—150 kg 115—125, fleischige Schweine von 110 kg 105—115.